

Die diplomatische Vorgeschichte des Abessinienkonfliktes

Oswalt von Nostitz-Wallwitz, Assistent am Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

Der Eintritt Abessiniens in das Blickfeld der europäischen Mächte vollzieht sich — nicht ohne Zusammenhang mit der 1869 erfolgten Eröffnung des Suezkanals — erst in den letzten Jahrzehnten des vorigen Jahrhunderts. In die gleiche Zeit fällt die Einigung des abessinischen Reiches¹⁾. Während die drei Westmächte von ihren Stellungen am Roten Meer und Indischen Ozean aus Einfluß auf die Geschicke des Landes zu nehmen suchen, gelingt es Menelik II., seit 1886 König von Schoa und 1889—1913 Negus Negesti, das ursprüngliche Abessinien, bestehend aus den alten Königreichen Tigre, Amhara und Godjam, zu dem heutigen abessinischen Reiche zu erweitern und dessen Unabhängigkeit zu wahren. Der Vertrag von 1906, in welchem die Mächte ihren Verzicht auf eine Annexion Abessiniens und den Ausgleich ihrer Interessen in diesem Teil Afrikas völkerrechtlich festlegen, zieht das Fazit der ersten Epoche einer Auseinandersetzung des afrikanischen Reiches mit dem europäischen Imperialismus.

Eine Vorgeschichte der italienisch-abessinischen Auseinandersetzung wird mit einer Betrachtung dieser Epoche einzusetzen haben: nicht nur weil sie für das Verständnis des noch gegenwärtig bedeutsamen Dreierabkommens unerlässlich ist, sondern weil sie zugleich die geschichtliche Grundlage für das von Italien hinsichtlich Abessiniens beanspruchte Prioritätsrecht abgibt²⁾.

¹⁾ Über die Geschichte Abessiniens vgl. insbesondere Budge, *A History of Ethiopia*. London 1928 2 Bde. K. Rein, *Abessinien*, 3 Bde., 1918—1920 (insbes. Bd. 1). Einen kürzeren Abriss gibt Pierre Alype, *L'Empire des Négus de la Reine de Saba à la Société des Nations*, Paris 1925. Insbes. über die neuere Entwicklung unterrichtet: Pigli, *L'Etiopia moderna nelle sue relazioni internazionali 1859—1931*, Padua 1933. Eine dokumentarische Darstellung der Beziehungen Meneliks zu den Mächten gibt Rossetti: *Storia diplomatica dell'Etiopia durante il regno di Menelik II*, Torino 1910. Über die Zeit von 1885—1896 vgl. ferner: Francesco Crispi, *La prima guerra d'Africa, Documenti e Memorie dell'Archivio Crispi ordinati da T. Palamenghi-Crispi*, Milano 1914.

²⁾ Vgl. hierzu die Verlautbarung des Bozener Ministerrats (abgedruckt *Popolo d'Italia*, Nr. 206 vom 29. August 1935) nach welcher die italienische Völkerbundsdenkschrift den Nachweis erbringen soll „che dal trattato di Ucciali in poi, sempre fu riconosciuto all'Italia un diritto di priorità coloniale sull'Abissinia“.

Die Entwicklung bis zum italienisch-abessinischen Kriege von 1895/96

Im Jahre 1884 erfolgte die militärische Okkupation Zeilas, Bulhars und Berberas durch Großbritannien, das sich schon 1840 einen Besitztitel auf diesen Teil der Somaliküste verschafft hatte³⁾. Im gleichen Jahr wurde Obok in französische Verwaltung genommen und mit einer Garnison versehen, nachdem Frankreich schon am 11. März 1862 einen Vertrag⁴⁾ mit den Häuptlingen der Danakils »pour la cession d'Obok et de son territoire« geschlossen und am 20. Mai 1862⁵⁾ die förmliche Okkupation vorgenommen hatte. Italien ergriff am 2. Februar 1885 von Massaua Besitz⁶⁾, nachdem schon 1870 eine italienische Niederlassung in Assab begründet worden war. Damit waren die Grundlagen für die heutige Kolonie Eritrea geschaffen, während sich der Erwerb von Italienisch-Somaliland erst von 1889 ab vollzog⁷⁾.

Die britischen Interessen beschränkten sich zunächst allein auf das Küstengebiet am Golf von Aden, wo der britische Besitz in den Jahren 1884—86 vervollständigt wurde. Frankreich war insbesondere bestrebt, das Hinterland von Obok und Djibuti von fremdem Einfluß freizuhalten. Schon der Vertrag mit den Danakils von 1862 hatte in Art. 9 eine Verpflichtung der »Chefs der Danakils« enthalten:

»de communiquer aux autorités françaises établies à Obock toute proposition de cession de territoire qui pourrait leur être faite de la part d'un gouvernement étranger«

und ferner:

»de repousser toute ouverture qui n'aurait point reçu l'agrément du Gouvernement de S. M. l'Empereur des Français.«

Eine weitere Sicherung suchte sich Frankreich gegenüber England hinsichtlich des Gebietes von Harrar zu verschaffen. In dem Notenwechsel vom 2. und 9. Februar 1888⁸⁾, durch welchen beide Mächte eine

3) Vgl. hierüber den Art. Somaliland in der Encyclopaedia Britannica 14th ed. Vol. 20, S. 966 ff.

4) Abgedr. bei de Clercq, Recueil des traités de la France, T. 14, S. 513 ff.

5) Vgl. aaO. S. 515 Procès verbal dressé le 20 mai 1862, pour constater la prise de possession de la baie d'Obok.

6) Die Rechtsnatur dieser Besitzergreifung ist zweifelhaft, da Massaua jedenfalls formell noch unter türkischer Oberhoheit stand. Vgl. hierüber Art. »Massaua« in Strupp, Wörterbuch des Völkerrechts mit Literaturangaben.

7) Über die Begründung dieser italienischen Kolonien und die ersten italienischen Beziehungen zu Abessinien vgl. im einzelnen Pigli, S. 1 ff., und die italienischen Documenti diplomatici (Libri Verdi), No. 60, 63 (Massaua); 65 (L'occupazione di Keren e dell'Asmara), 66, 70 (Etiopia); 72 (Missione Antonelli in Etiopia); 74 (Intervista del governatore dell'Eritrea coi capi del Tigré); 89 (Somalia italiana).

8) Abgedr. in der Sammlung des Ministère des Affaires Etrangères: Traités et Conventions en vigueur entre la France et les Puissances Etrangères, Paris 1919, t. II, S. 330.

Abgrenzung ihrer »Protektorate« an der Somaliküste vornahmen, findet sich unter Punkt 4 folgende Bestimmung:

»Les deux Gouvernements s'engagent à ne pas chercher à annexer le Harrar ou à le placer sous leur protectorat. En prenant cet engagement, les deux Gouvernements ne renoncent pas au droit de s'opposer à ce que toute autre Puissance acquière ou s'arroge des droits sur le Harrar.«

Von vornherein weiter gespannt waren die Absichten Italiens, dessen Kolonialpolitik in diesen Jahren im Zeichen der Tatkraft Francesco Crispi stand. Dem lang gedehnten, unfruchtbaren Küstenstrich Eritreas kam nur als Ausgangsstellung Bedeutung zu; es war somit erklärlich, daß die Italiener ihre Macht in das Landinnere nach Tigre vorzuschieben suchten. Ihre Pläne scheiterten jedoch an dem Widerstand Meneliks, damals noch König von Schoa, der eine italienische Truppenabteilung am 26. Januar 1887 bei Dogali nahezu aufrieb, was die Italiener zur Räumung des schon teilweise okkupierten Tigre veranlaßte⁹⁾. Die Lage besserte sich jedoch, als Menelik im Jahre 1889 die Nachfolge des im Kampf gegen die Mahdisten gefallenen Negus Johannes antrat¹⁰⁾ und fremde Hilfe zur Befestigung seiner jungen Macht benötigte. Der gewandte italienische Unterhändler Conte Antonelli nutzte die Gelegenheit und schloß am 2. Mai 1889 den Vertrag von Ucciali¹¹⁾ ab, dessen Art. XVII in italienischer Fassung lautete:

»Sua Maestà il Re dei Re d'Etiopia consente di servirsi del Governo di Sua Maestà il Re d'Italia per tutte le trattazioni di affari che avesse con altre Potenze o Governi.«

Die Bedeutung dieses Artikels wurde von den italienischen Staatsmännern offenbar erst voll erkannt, als der Abgesandte und Generalbevollmächtigte Meneliks, Ras Makonnen, in einer Ansprache vor dem italienischen König am 28. August 1889 die Wendung gebraucht hatte »A nome del mio re, domando alla M. V. l'alta sua protezione . . .«, eine Formulierung, die von König Umberto in seiner Erwiderung durch einen Hinweis auf die »protezione, che io ed il mio governo concediamo al vostro paese« aufgenommen worden war¹²⁾. Von italienischer Seite wurde nunmehr der Art. XVII dahin ausgelegt, daß der abessinische Herrscher seine Vertretung gegenüber dritten Staaten Italien übertragen und damit das italienische Protektorat anerkannt habe. Mit Zustimmung Ras Makonnens¹³⁾ erfolgte die Mitteilung des Artikels

⁹⁾ Vgl. hierzu Budge, S. 526 ff.

¹⁰⁾ Vgl. hierzu Budge, S. 527 f.

¹¹⁾ Abgedr. in Libro Verde Nr. 66: Etiopia, I a serie Leg. 16 a, 4 a, XV., S. 434; die Ratifikation erfolgte am 29. September 1889.

¹²⁾ Libro Verde Nr. 70: Etiopia, 2 a serie Leg. 16 a, 4 a, XV bis., S. 7; in der diplomatischen Korrespondenz zwischen Crispi und Antonelli nach Vertragsschluß ist von Art. XVII überhaupt nicht die Rede; vgl. Libro Verde: Etiopia I a serie, S. 414, 415 ff., 427 ff. u. dazu Pigli, S. 21.

¹³⁾ Libro Verde: Etiopia, 2 a serie, S. 18.

auf diplomatischem Wege an die Signatare der Berliner Generalakte unter Bezugnahme auf deren Artikel 34 ¹⁴⁾. Der Empfang dieser Notifikation wurde von allen Mächten mit Ausnahme Rußlands ohne Vorbehalt bestätigt ¹⁵⁾.

In diesem Vorgang liegt die eigentliche Bedeutung des Vertrages von Ucciali. Denn eine Ausübung des von Italien in Anspruch genommenen Protektorates scheiterte an dem Widerstand Meneliks, der sofort gegen die italienische Auslegung des Artikels XVII und die daraus gezogenen Folgerungen Protest erhob und erklärte, daß die — nach Art. XIX des Vertrages gleich maßgebliche — amharische Fassung nur besage, daß er sich Italiens zur Vertretung gegenüber dritten Staaten bedienen könne, nicht aber, daß er hierzu gezwungen sei, und sich auch nicht abhalten ließ, mit den Mächten in unmittelbaren Verkehr zu treten — eine Haltung, welche die Hauptursache für den italienisch-abessinischen Krieg darstellte ¹⁶⁾. Trotz dieser Entwicklung wird man aber nicht leugnen können, daß die Mächte — mit Ausnahme Rußlands — durch ihre damalige Haltung Italien ein Prioritätsrecht gegenüber Abessinien zuerkannten ¹⁷⁾, ein Umstand, der namentlich für die Gestaltung der italienisch-britischen Beziehungen von Bedeutung war.

England, das schon die italienische Besetzung Massauas begünstigt hatte, stand auch den italienischen Protektoratsplänen wohlwollend gegenüber, da es in der italienischen Herrschaft einen Schutzdamm gegen die Mahdistenbewegung ¹⁸⁾ erblickte und ihm zugleich Italien in den Tagen der britisch-französischen Rivalität, die 1898 mit Fachoda ihren Höhepunkt erreichte, als Gegenspieler Frankreichs willkommen

¹⁴⁾ Art. 34 lautet: «La Puissance qui dorénavant prendra possession d'un territoire sur les côtes du Continent Africain situé en dehors de ses possessions actuelles, ou qui, n'en ayant pas eu jusque-là, viendrait à en acquérir, et de même la Puissance qui y assumera un protectorat, accompagnera l'acte respectif d'une notification adressée aux autres Puissances signataires du présent Acte, afin de les mettre à même de faire valoir, s'il y a lieu, leurs réclamations».

¹⁵⁾ Die einschlägigen Dokumente sind abgedr. in Libro Verde: Etiopia 2a serie; über den russ. Vorbehalt vgl. Rossetti S. 61.

¹⁶⁾ Vgl. über die Kontroverse im einzelnen Pigli, S. 20ff. und Rouard de Card, L'Ethiopie au point de vue du droit international, Paris 1928, S. 25–34, sowie Libro Verde Nr. 72: Missione Antonelli in Etiopia Leg. 17a, 1a, XVII.

¹⁷⁾ Das ist seinerzeit von französischer Seite bestritten worden: In der Sitzung der französischen Kammer vom 23. Januar 1890 erklärte der französische Außenminister, die französische Antwort auf die Notifikation stelle keine »approbation« dar: «c'est, en somme, un pur et simple accusé de réception». Diese Auffassung erscheint angesichts der ausdrücklichen Bezugnahme Italiens auf Art. 34 der Generalakte nicht haltbar; vgl. oben Note 14.

¹⁸⁾ Die Mahdisten beherrschten den Sudan 1883 bis 1897 und drangen 1886 auch in Abessinien ein. Vgl. hierüber im einzelnen: Art. »Egypt« in Encyclopaedia Britannica 14th ed. Vol. 8, S. 100ff.

war ¹⁹⁾. Auf der anderen Seite war es lediglich bestrebt, Italien vom Sudan fernzuhalten, und dieser Punkt stellte die einzige ernsthafte Schwierigkeit bei den italienisch-britischen Verhandlungen über eine Abgrenzung der beiderseitigen Einflußgebiete dar ²⁰⁾, die zu den vielgenannten Protokollen vom 24. März und 15. April 1891 ²¹⁾ und vom 5. Mai 1894 ²²⁾ führten. Von diesen bestimmte das Protokoll vom 24. März »la ligne de démarcation entre les sphères d'influence respectivement réservées à la Grande-Bretagne et à l'Italie« von der Mündung des Jubafusses in den Indischen Ozean bis zum Blauen Nil — also die Westgrenze. Das Protokoll vom 15. April legte die anschließende Nordgrenze bis zum Roten Meer fest, während die Erklärung vom 5. Mai 1894 die britischen Besitzungen am Golf von Aden — Britisch Somaliland — von der italienischen Sphäre abgrenzte. Alles in allem überließ Großbritannien durch diese Verträge fast ganz Abessinien in seinen heutigen Grenzen einschließlich des Tanaseegebietes dem italienischen Einfluß und sicherte sich lediglich die an den Sudan grenzenden westlichen Randgebiete. In einem geheimen Annex ²³⁾ zum Protokoll vom 5. Mai

¹⁹⁾ Vgl. hierüber de Caix: Fachoda, Paris 1899, S. 49 ff.

²⁰⁾ Italien beanspruchte zunächst die Einbeziehung der Provinz Kassala in seine Interessenssphäre, was zeitweise zu einem Abbruch der Verhandlungen führte. Schließlich einigte man sich im Sinne der britischen These, wonach Italien nur eine zeitweise Okkupation Kassalas gestattet wurde. Vgl. Abs. II des Protokolls vom 15. April 1891.

²¹⁾ Franz. Text: abgedr. in British and Foreign State Papers, Vol. 83, S. 19.

²²⁾ Engl. Text: abgedr. British and Foreign State Papers. Vol. 86, S. 55; der gleich maßgebl. italienische Text findet sich im ital. Grünbuch Nr. 89: Somalia Italiana (1885—1895) Leg. 19 a XIII quater, S. 279.

²³⁾ Dieses wurde zwar den Signataren der Brüsseler und Berliner Generalakte mitgeteilt, ist aber offiziell nie veröffentlicht worden, obwohl es in der im italien. Grünbuche: Avvenimenti d'Africa (gennaio 1895 — marzo 1896) Leg. 19 a, I a, XXIII abgedruckten Korrespondenz öfters erwähnt wird. (Vgl. hierzu insbes. Doc. Nr. 537, 549, 547). Vgl. auch Die Große Politik der europäischen Kabinette Bd. 8, S. 362 Anm. Der Öffentlichkeit bekannt wurde es durch eine Mitteilung des Popolo Romano vom 20. März 1896 (vgl. Rossetti, S. 133). Danach hat es folgenden Wortlaut:

»Dichiarazione. Annesso (Riservato).

Ci riferiamo al protocollo firmato oggi per la delimitazione delle sfere d'influenza della Gran Bretagna e dell'Italia nel paese dei Somali, e dichiariamo che rimane inteso fra i due Governi che fino a quando l'Italia non avrà stabilito un controllo effettivo sulle popolazioni entro la sfera d'influenza italiana e in vicinanza della linea di delimitazione, sarà in facoltà delle autorità britanniche di prendere le misure temporanee che potessero essere necessarie per conseguire l'osservanza da parte di quelle popolazioni, delle stipulazioni contenute nel protocollo e per mantenere l'ordine nella zona d'influenza della Gran Bretagna.

Esse avranno il diritto di entrare in comunicazioni dirette colle autorità di Harar, quando ciò possa essere necessario per gli scopi sopra specificati e per la sicurezza della frontiera britannica.

Resta inteso tuttavia che le parole »misure temporanee« debbano significare soltanto misure eccezionali e di corta durata, e che l'aggiustamento provvisorio per i rapporti

1894, das eine besondere Abmachung hinsichtlich Harrars enthielt, bekräftigte ferner die Regierung Großbritanniens, daß sie Italien bereits »come potenza protettrice d'Etiopia e delle sue dipendenze« anerkannt habe.

Ihrer rechtlichen Bedeutung nach gehören die Protokolle von 1891 und 1894 zu jenen — im Zeitalter des Kolonialimperialismus nicht seltenen ²⁴⁾ — Verträgen, durch die zwei Staaten ihr politisches Einflußgebiet hinsichtlich eines dritten schwachen Staates oder hinsichtlich staatenlosen Gebietes gegeneinander abgrenzen und damit in der fremden Sphäre auf Verfolgung ihrer politischen Interessen verzichten, was einen Verzicht auf wirtschaftliche Betätigung des Staates bedeutet, möglicherweise aber die privatwirtschaftliche Betätigung der Staatsangehörigen nicht ausschließt ²⁵⁾. Gegenüber Dritten, insbesondere auch gegenüber dem betroffenen schwachen Staate, stellt ein solcher Vertrag eine *res inter alios acta* dar, die ihnen gegenüber nicht ohne weiteres Rechtswirkungen ausüben kann ²⁶⁾.

Abessinien hat die Protokolle nie anerkannt, sondern gegen die italienisch-britischen Pläne feierlich Verwahrung eingelegt. Als solche ist das Rundschreiben Meneliks an die Mächte vom 10. April 1891 ²⁷⁾

diretti colle autorità di Harrar, non dovrà far sorgere alcun dubbio sulla posizione dell'Italia come potenza protettrice d'Etiopia e delle sue dipendenze, che è già stata riconosciuta dal Governo di Sua Maestà la Regina.

Roma, 5 maggio 1894.

Francesco Crispi.

Francis Clare Ford. »

²⁴⁾ Vgl. etwa die französisch-britische Deklaration hinsichtlich der Interessensphäre beider Staaten in Siam (Hertslet, *Commercial treaties* Vol. 24, S. 391); das deutsch-britische Abkommen vom 23. Februar 1901 über Interessengebiete in Ostafrika (Hertslet, Vol. 23, S. 502); den deutsch-britischen Notenwechsel vom 7. März/9. Mai 1904 über die Einflußgebiete im westlichen Pazifik (Hertslet, Vol. 24, S. 474).

²⁵⁾ Vgl. hierzu den Artikel »Interessensphäre« in Strupp, *Wörterbuch des Völkerrechts*, mit weiteren Literaturangaben.

²⁶⁾ Über die Auslegung des Begriffs der »Interessensphäre« seitens der britischen Regierung unterrichtet die Beantwortung einer Anfrage im Unterhaus durch den Unterstaatssekretär Sir J. Fergusson aus dem Jahre 1891 (*Hans. Parl. Deb. third ser. sixth vol. of 1890/91, S. 404/05*): »The definition of a sphere of influence by agreement between two or more powers cannot be interpreted to mean more than the Instrument declares, and does not restrict the parties to the agreement from exercising their influence or control within their respective spheres, according to their individual discretion. Her Majesty's Government have repeatedly stated that within the spheres assumed by them they do not assume sovereignty or administration, except with the concurrence of the Native rulers. The last sentence of the question accurately defines the general position.« Der angezogene Schlußsatz der Anfrage lautete: »whether Her Majesty's Government interpretes the phrase to mean that the other European Powers bind themselves to abstain from attempting to set up their own authority within such district?«

²⁷⁾ Abgedr. im »Bulletin du Comité de l'Afrique française« Oktober 1891, S. 25.

Z. ausl. öff. Recht u. Völkerr. Bd. V.

50

anzusehen, in welchem der Negus für sein Reich im wesentlichen dessen heutige Grenzen beansprucht. Dieses Schreiben schließt mit den stolzen Worten:

»Je n'ai point l'intention de rester spectateur indifférent si des puissances lointaines se présentent avec l'idée de partager l'Afrique, l'Ethiopie ayant été pendant plus de quatorze siècles une île de chrétiens au milieu de la mer des païens.

Comme le Tout-Puissant a protégé l'Ethiopie jusqu'à ce jour, j'ai la confiance qu'il la protégera et l'agrandira aussi dans l'avenir. Mais je suis certain qu'il ne partagera jamais l'Ethiopie entre d'autres puissances.«

Auch Frankreich fühlte seine Interessen durch die Protokolle bedroht. Namentlich erblickte es in der Vereinbarung über Harrar u. a. eine Verletzung von Punkt 4 des britisch-französischen Notenwechsels vom Februar 1888²⁸⁾ und erhob hiergegen Einspruch²⁹⁾, den es wiederholte, als im Jahre 1895 zu Beginn des italienisch-abessinischen Krieges die Italiener Zeila als Durchgangshafen für das Harrargebiet benutzen wollten³⁰⁾.

Die Veränderung der völkerrechtlichen und politischen Lage nach dem Frieden von Addis Abeba

Der italienisch-abessinische Krieg von 1895/96, der nach dem Willen Francesco Crispis den italienischen Protektoratsanspruch verwirklichen sollte, führte stattdessen zu der nie verschmerzten Niederlage von Adua und zum Zusammenbruch der Crispischen Kolonial-

²⁸⁾ Vgl. oben S. 761 f.

²⁹⁾ Der französische Protest ist nie veröffentlicht worden. Der »Temps« vom 28. Mai 1894 brachte lediglich eine halbamtliche Mitteilung, daß die französische Regierung Noten nach Rom und London gesandt habe, welche die Bedingungen festlegten, unter denen Frankreich dem Protokoll vom 5. Mai zustimmen könne. Der französische Standpunkt zur Harrarfrage ergibt sich aus einem — offenbar auf offizielle Anregung zurückgehenden — *Projet de Résolution* vom 28. Mai 1894 des Abgeordneten Deloncle, zu jener Zeit der höchsten Autorität der Kammer in Kolonialfragen (*Annales de la Chambre des Députés Doc. Parl. Tome XLIV, S. 217 note 1*). Die englische Antwort auf die franz. Vorwürfe gibt ein Artikel der *Times* vom 8. Juni 1894, der zugleich für die englische Auslegung der Protokolle bezeichnend ist. Es heißt dort u. a.: »What England has done has simply been to set this part of her own house in order. — The region outside this block (British Somaliland) is vaguely called the »sphere of influence« of Italy. But England knows very well, that this so-called sphere includes the French possession of Obock, and because this is not expressly mentioned it does not follow that we hand it over to Italy. As to Harrar, it is left to France to arrange with Italy as to its fate, and generally as to the limits of their respective spheres...«

³⁰⁾ Auch die französisch-britische Korrespondenz über diese Frage ist nicht veröffentlicht. Vgl. jedoch den Abschnitt »Zeila e Dugaretto« des ital. Grünbuchs Nr. 92: *Avvenimenti d'Africa* (gennaio 1895 — marzo 1896), insbes. Doc. No. 536, 547, in denen von französischen Schritten die Rede ist.

politik. Die völkerrechtliche Festlegung der damit völlig veränderten Lage brachte der Frieden von Addis Abeba vom 26. Oktober 1896 ³¹⁾:

Art. 2 und 3 des Friedensvertrages lauten:

»Art. 2. — Le traité conclu à Outchalé le 25 Miazia 1881 (correspondant au 2 mai 1889) est et demeure définitivement annulé ainsi que ses annexes.

Art. 3. — L'Italie reconnaît l'indépendance absolue et sans réserve de l'Empire Ethiopien comme Etat souverain et indépendant.«

Italien hätte schwerlich den Verzicht auf seinen aus dem Vertrag von Ucciali ³²⁾ hergeleiteten Protektoratsanspruch und die Anerkennung Abessiniens als eines unabhängigen und souveränen Staates eindeutiger aussprechen können ³³⁾.

Mit der Beseitigung der italienischen Vormachtstellung wurden die Beziehungen Abessiniens zu den Mächten auf eine neue Grundlage gestellt; es trat diesen nunmehr unangefochten als gleichberechtigter Partner gegenüber, was in einer Reihe völkerrechtlicher Verträge zum Ausdruck kam.

Vor allem erfolgte jetzt eine Festlegung der Grenzen. Nicht zufällig sind die Verträge, nach denen sich die Grenzen des abessinischen Reiches noch heute bestimmen, in den Jahren 1897—1908 abgeschlossen worden. Die Verträge brachten allerdings nur gegenüber den britischen und französischen Besitzungen eine klare Regelung: Die abessinische Grenze gegenüber Französisch-Somaliland wurde durch die Konvention vom 20. März 1897 ³⁴⁾ bestimmt; bald danach, am 14. Mai 1897 ³⁵⁾, erfolgte die Abgrenzung von Britisch-Somaliland. Der britisch-abessinische Vertrag vom 15. Mai 1902 ³⁶⁾ legte die Grenze gegenüber dem Sudan fest, wobei das Rundschreiben Menelik von 1891 ³⁷⁾ als Grundlage diente; die westlichen Randgebiete, die sich England gegenüber Italien im Protokoll vom 15. April 1891 vorbehalten hatte, fielen damit an Abessinien. Schließlich brachte die Konvention vom 6. Dezember 1907 ³⁸⁾ die Abgrenzung Abessiniens von Uganda und Britisch-Ostafrika.

Die Grenzregelung gegenüber den beiden italienischen Kolonien

³¹⁾ Martens, 2 N. R. G. XXV, 59.

³²⁾ S. oben S. 762 f.

³³⁾ Der italienische Außenminister Rudini gab in der Kammer zu dieser Vertragsfassung folgende Erklärung ab: »... Volevamo rinunciare insomma al protettorato, ma rinunziavvi in modo da escludere nel tempo medesimo, che altri avesse potuto sostituirsi all'Italia — — Imperocché noi non abbiamo puramente e semplicemente rinunciato all'articolo 17 del trattato di Ucciali, ma abbiamo riconosciuto l'indipendenza del Negus...« Atti parl. camera dei deputati, tornata del 1^o dic. 1896, abgedr. bei Rossetti, S. 203 f.

³⁴⁾ Martens, 3 N. R. G. II, 120.

³⁵⁾ Martens, 2 N. R. G. XXVIII, 435.

³⁶⁾ Martens, 3 N. R. G. II, 826.

³⁷⁾ Vgl. oben S. 765 f.

³⁸⁾ Martens, 3 N. R. G. II, 832.

blieb hingegen unvollkommen — ein Umstand, der nicht zuletzt dazu beitrug, den gegenwärtigen Konflikt zu verschärfen. Durch Art. 4 des Friedensvertrages von Addis Abeba war die Grenzfrage einer späteren Regelung vorbehalten geblieben³⁹⁾. Es kam dann im Jahre 1897 zu Verhandlungen zwischen Menelik und dem italienischen Bevollmächtigten Major Nerazzini, die damit abschlossen, daß Menelik eine ihm genehme Grenzziehung vorschlug, die von der italienischen Regierung durch Telegramm vom 3. September 1897 angenommen wurde.

Gegenüber Eritrea lief die abessinische Grenze auf Grund dieser Übereinkunft von Tomat am Atbara nach Todluc, folgte weiter dem Lauf der Flüsse Mareb, Mai-Ambessa, Mai-Maretta, ließ dann die Orte Halai und Mahio im Norden, bis sie die Ebene der »Galline Faraone« erreichte; von dort ab sollte sie in einer Entfernung von 60 km mit der Küste des roten Meeres parallel verlaufen. Diese Grenzlinie wurde zunächst durch den italienisch-abessinischen Vertrag vom 10. Juli 1900⁴⁰⁾ abgeändert, durch welchen Eritrea seine Grenzen östlich von Todluc bis zum Lauf der Flüsse Mareb, Belessa und Muna vorschob; jedoch mußte sich die italienische Regierung verpflichten, das hinzuerworbene Gebiet nicht einer dritten Macht abzutreten. Italien kam damit dank der maßvollen Haltung Meneliks in den Besitz eines Teiles des Hochlandes von Tigre, ein Umstand, der die Lebensfähigkeit seiner Kolonie erhöhte. Eine letzte Abänderung erfolgte schließlich auf englische Initiative: durch die britisch-italienisch-abessinische Übereinkunft vom 15. Mai 1902, die dem Vertrag vom 10. Juli 1900 als Anlage angefügt wurde⁴¹⁾, trat Italien das Quellgebiet des Atbara an den Sudan ab und erhielt dafür von Abessinien das Gebiet des Cunamastammes nördlich von Todluc zugesprochen. Damit war die Südgrenze Eritreas bis zum Quellgebiet des Muna theoretisch bestimmt, ohne daß jedoch eine Markierung an Ort und Stelle vorgenommen worden wäre⁴²⁾. Der weitere Verlauf der abessinisch-eritreischen Grenze vom Muna bis Französisch-Somaliland wurde erst durch einen Vertrag vom 16. Mai

³⁹⁾ Vgl. zum folgenden Pigli, S. 68 ff.; Rossetti, S. 239 ff., 401 ff.

⁴⁰⁾ Martens, 3 N. R. G. II, 825.

⁴¹⁾ Abgedr. bei Martens, 3 N. R. G. II, 828; diese Übereinkunft war durch eine britisch-italienische Erklärung vom 22. November 1901 (British and Foreign State Papers vol. 95, S. 466) vorbereitet worden.

⁴²⁾ Im *Mémoire du Gouvernement italien sur la situation en Ethiopie I. Rapport*, — S. d. N. Doc. No. 340 M. 171. 1935. VII — ist in dieser Hinsicht ausgeführt (S. 6), daß erst im Jahre 1907 eine gemischte Kommission mit der Markierung der durch das Abkommen vom 10. Juli 1900 festgelegten Grenze begonnen habe, die Arbeiten seien aber an der Obstruktion der abessinischen Mitglieder gescheitert; ebenso habe sich die abessinische Regierung stets geweigert, die durch die Übereinkunft vom 15. Mai 1902 vorgenommene Grenzveränderung markieren zu lassen, und sogar einen von einem Cunamastamm bewohnten Landstrich okkupiert.

1908 ⁴³⁾ in Übereinstimmung mit der Übereinkunft von 1897 dahin festgelegt, daß sich die Grenze in einer Entfernung von 60 km parallel zum Roten Meer halten sollte. Beide Regierungen verpflichteten sich ferner, in kürzester Frist die Abhängigkeit der Grenzstämme von der beiderseitigen Hoheitsgewalt zu bestimmen und eine Markierung der Grenzen unter Anpassung an die Bodenbeschaffenheit vorzunehmen — Bestimmungen, deren Ausführung bis heute unterblieben ist ⁴⁴⁾).

Die Grenze Italienisch-Somalilands gegenüber Abessinien ⁴⁵⁾ war zunächst gleichfalls auf Grund des Vorschlags Menelik's an Nerazzini von 1897 festgesetzt worden; sie sollte hiernach vom Schnittpunkt des 8. Breitengrades mit dem 48. Längengrad (an der Grenze Britisch-Somalilands) aus mit der Küste des Indischen Ozeans in einer Entfernung von 180 englischen Meilen bis zum Fluß Juba ⁴⁶⁾ nördlich von Bardera parallel laufen, wobei allerdings übersehen wurde, daß der genannte Schnittpunkt nicht 180, sondern nur 100 Meilen von der Küste entfernt ist.

Mit dieser Regelung war aber Italien nicht zufriedengestellt, zumal damit die wichtige Handelsstation Lugh außerhalb der italienischen Zone blieb. Der Zusammenstoß von Berdale, bei dem es zu einem Gefecht zwischen der italienischen Besatzung von Lugh und abessinischen Truppen kam, gab schließlich den Anlaß zum Abschluß eines neuen Grenzvertrages, gleichfalls vom 16. Mai 1908 ⁴⁷⁾, welcher die in der Vereinbarung von 1897 vorgesehene 180-Meilengrenze bis zum Fluß Uebi Scebeli beibehält und weiter Italien das Gebiet um Lugh bis nach Dolo zuspricht. Auch durch diesen Vertrag wurde jedoch keine klare Lage geschaffen. Da nämlich beide Teile bemüht waren, zur Vermeidung weiterer Zwischenfälle zu einem raschen Einvernehmen zu gelangen, aber weder die in Addis Abeba anwesenden Abessinier noch die italienischen Unterhändler eine genaue Ortskenntnis besaßen, so verließ man sich bei der Grenzziehung auf ungenaue — lediglich auf Informationen beruhende — Karten, was insbesondere dazu führte, daß man den bereits erwähnten Fehler der Grenzziehung von 1897 übernahm; aus dem gleichen Grund wurde die Festlegung der Grenze zwischen Dolo und dem Uebi Scebeli nur nach ethnischen Gesichtspunkten vorgenommen,

⁴³⁾ Martens, 3 N. R. G. II, 122.

⁴⁴⁾ Auch hierfür macht die italienische Denkschrift (a. a. O. S. 5) die abessinische Regierung verantwortlich.

⁴⁵⁾ Die folgenden Ausführungen über die Grenzfrage stützen sich in wesentlichen Punkten auf die objektive Darstellung in dem Buche »Ferro e fuoco in Somalia«, Roma 1931 von Caroselli, einem langjährigen italienischen Kolonialbeamten.

⁴⁶⁾ Vgl. die amtl. Mitt. d. Agenzia Stefani, zit. bei Pigli, S. 69 und Caroselli, a. a. O. S. 313, dessen Angaben sich auf die amtliche Monografia riservata »La delimitazione dei confini tra l'Etiopia e la Somalia italiana« stützen.

⁴⁷⁾ Martens, 3 N. R. G. II, 832.

ohne daß den Vertragschließenden der gewöhnliche Aufenthalt der zugehörigen Stämme und der Umfang ihrer Nomadenwanderungen bekannt gewesen wäre. Auch der Versuch, die im Verträge enthaltenen Widersprüche durch die Grenzziehung an Ort und Stelle zu beseitigen, schlug fehl; die zu diesem Zwecke im Jahre 1911 eingesetzte gemischte Kommission konnte ihre Arbeiten angesichts der zahlreichen auftauchenden Unstimmigkeiten nicht zu Ende führen⁴⁸⁾. Die Lage wurde noch unklarer, als mehrere der Italien zugesprochenen Stämme immer mehr nach Süden drängten und damit die ethnische Grenze zuungunsten Italiens zu verschieben drohten. Um dieser Gefahr zu begegnen, suchten die Italiener zunächst die Abgewanderten zu einer Rückkehr an ihre Stammlplätze zu bewegen; von 1923 ab gingen sie daneben dazu über, befestigte Posten über das ihnen vertraglich zugesprochene Gebiet hinaus nach Nordosten vorzuschieben, wobei der Schutz der Kolonie vor den Nomadenstämmen angesichts des Nichtvorhandenseins einer ständigen abessinischen Grenzpolizei zur Begründung diente⁴⁹⁾. Der Schauplatz des Ual-Ual-Zwischenfalls ist damit gekennzeichnet.

Die Aufnahme völkerrechtlicher Beziehungen zwischen Abessinien und den Mächten nach dem Friedensschluß von Addis Abeba wirkte sich neben der — wenn auch zum Teil unvollkommenen — Festlegung der Grenzen in dem Abschluß von Handels- und Freundschaftsverträgen aus. Von diesen kommt namentlich dem französisch-abessinischen Verträge vom 10. Januar 1908⁵⁰⁾, dem sogenannten Klobukowski-Vertrag, Bedeutung zu, welcher die Stellung der französischen Staatsangehörigen in Abessinien in grundlegender Weise regelt, zugleich aber auch für die Angehörigen anderer Staaten Geltung hat, soweit die von diesen Staaten abgeschlossenen Verträge Meistbegünstigungsklauseln enthalten, welche die in dem französischen Verträge behandelten Gebiete umfassen.

Von Bedeutung sind insbesondere der Art. 2, welcher die Handels- und Niederlassungsfreiheit regelt, den Genuß von Rechten an Sachen nach den Gesetzen des Landes gewährleistet und ein Monopolverbot enthält, der Art. 3, welcher über die Höhe der abessinischen Zollsätze Bestimmung trifft, und namentlich Art. 7, der die Konsulargerichtsbarkeit für Abessinien eingeführt hat⁵¹⁾.

⁴⁸⁾ Caroselli, a. a. O. S. 315: «I lavori topografici... per una serie di contestazioni non giunsero a termine». Nach der Darstellung der italienischen Völkerbundsdenkschrift (S. d. N. Doc. No. 340 M. 171. 1935. VII, S. 7) sollen dagegen die Arbeiten von den abessinischen Delegierten mit der Begründung abgebrochen worden sein, daß in der Gegend von Ogaden nicht für die Sicherheit der Kommission garantiert werden könne.

⁴⁹⁾ Vgl. Caroselli, a. a. O. S. 319.

⁵⁰⁾ Martens, 3 N. R. G. II, 833. Der Vertrag wurde 1917 verlängert und ist noch heute in Kraft.

⁵¹⁾ Die Bestimmungen lauten:

«Art. 2. — Les ressortissants et les protégés des deux Etats jouiront de la pleine

Was insbesondere die Lage Italiens nach dem Klobukowski-Vertrag angeht, so kann sich dieses unzweifelhaft auf dessen Art. 3 und 7 beziehen, da der Art. 3 des Handelsvertrages vom 21. Juli 1906^{51a)} den italienischen Staats- und Protektoratsangehörigen die Meistbegünstigung gewährt für

»tutti i diritti, vantaggi e privilegi che sono stati o verranno in avvenire concessi ai nazionali di un terzo Stato, specialmente anche riguardo ai dazi doganali, alle imposte ed alla giurisdizione»,

und da ferner Art. 4 Abs. 1 des italienisch-abessinischen Freundschaftsvertrages vom 2. August 1928⁵²⁾ den Art. 7 des Klobukowski-Vertrages ausdrücklich für weiterhin anwendbar erklärt. Die Nichterwähnung von Art. 3 im Vertrage von 1928 spricht nicht gegen seine weitere Anwendbarkeit, da der Art. 4 des letzteren Vertrages sich nicht auf Zollfragen bezieht, sondern nur die allgemeine Rechtsstellung der Staats-

liberté de pénétrer sur toute l'étendue du territoire de l'autre Etat, d'y circuler, d'y séjourner, d'y posséder suivant les usages du Pays et de s'y livrer au commerce, à l'industrie et à l'agriculture en toute sécurité pour leur personne et leurs biens.

Cette liberté ne pourra être entravée par aucun monopole ou privilège exclusif de vente ou d'achat, réserve faite pour les monopoles d'Etat déjà existants et ceux que le Gouvernement Ethiopien voudrait établir en conformité du régime en vigueur en France.»

Art. 3. — Les marchandises françaises importées dans l'Empire Ethiopien sont frappées d'un droit de 10 p. 100 sur leur valeur marchande au lieu de leur destination.

Toutefois les vins, champagnes, bières et les boissons non alcooliques ne payeront que 8 p. 100.

Lorsque l'état du mouvement commercial en Ethiopie le permettra, sans qu'il puisse en résulter une perte pour le Trésor Impérial, l'établissement de la valeur marchande sera déterminé par la déclaration en douane du prix au lieu d'origine ou de fabrication augmenté des frais de transport, d'assurance et de commission nécessaires pour l'importation, jusqu'au lieu d'introduction.

Art. 7. — Toutes les affaires de quelque nature qu'elles soient, criminelles ou autres, entre les ressortissants ou protégés français, relèveront désormais de la juridiction française, jusqu'à ce que la législation de l'Empire d'Ethiopie soit en concordance avec les législations d'Europe.

Toutes les affaires de quelque nature qu'elles soient, criminelles ou autres, entre les ressortissants et les protégés français et les sujets de l'Empereur, seront portées devant un magistrat Abyssin siégeant dans un local spécial et qui jugera, assisté du Consul de France ou de son délégué.

Si le sujet abyssin est défendeur, il sera jugé suivant la loi éthiopienne.

Si le ressortissant ou protégé français est défendeur, il sera jugé suivant la loi française.

En cas de désaccord entre les juges, il sera statué en dernier par le tribunal de Sa Majesté le Roi des Rois d'Ethiopie.

En cas de crimes ou délits commis par les ressortissants ou protégés français, l'autorité territoriale usera de son droit de police pour la recherche et l'arrestation des coupables, à charge par elle d'en informer immédiatement le Consul de France et de les remettre entre ses mains.»

^{51a)} Martens, 3 N. R. G. I, 488.

⁵²⁾ Martens, 3 N. R. G. XXVIII, 340.

angehörigen behandelt. Fraglich erscheint hingegen, ob Italien auch die aus dem Artikel 2 erwachsenden Rechte für seine Staatsangehörigen in Anspruch nehmen kann, eine Auffassung, die in der italienischen Völkerbundsdenkschrift⁵³⁾ vertreten wird. Gegen die italienische Auslegung spricht zunächst der Umstand, daß in dem Freundschaftsvertrag von 1928 nur von der Aufrechterhaltung des Art. 7, nicht aber des Art. 2 die Rede ist, und ferner ein Vergleich der oben wiedergegebenen Fassung des Art. 3 mit Art. 1 des etwa gleichzeitig — am 6. September 1906 — abgeschlossenen belgisch-abessinischen Handelsvertrages⁵⁴⁾; dieser gewährt die Meistbegünstigung ausdrücklich auch »en matière d'établissement«, während die Klausel des italienischen Vertrages, der in seinem Art. 1 nur die Freiheit des Aufenthalts und der wirtschaftlichen Betätigung regelt⁵⁵⁾, nur Zölle, Steuern und Rechtspflege, wenn auch nicht in abschließender Form, aufzählt.

Die italienische Niederlage von 1896 wirkte sich nicht nur in einer Veränderung der völkerrechtlichen Stellung Abessiniens aus, wie sie in den erwähnten Verträgen zum Ausdruck kommt, sondern führte zugleich zu einer Verstärkung der Machtpositionen Frankreichs und Englands gegenüber dem afrikanischen Reiche, während Italien in die Verteidigung gedrängt wurde.

Zunächst ergriff Frankreich die Initiative: Die schon erwähnte Grenzkonvention vom 20. März 1897 enthielt die Zusicherung,

» . . . qu'aucune Puissance étrangère ne pourra se prévaloir de cet arrangement pour s'immiscer, sous quelque forme et quelque prétexte que ce soit, dans les régions situées au-delà de la zone côtière française.«

Ein gleichzeitig eingegangener Geheimvertrag, der einen zwischen Louis Philipp und dem König von Schoa im Jahre 1843 abgeschlossenen, allerdings niemals ratifizierten, Allianz- und Handelsvertrag aufrechterhielt und ergänzte⁵⁶⁾, verschaffte Frankreich eine bevorzugte Stellung unter den Mächten, die namentlich in der Anerkennung Djibutis als »débouché officiel du commerce éthiopien« zum Ausdruck kam.

Eine weitere Stärkung des französischen Einflusses brachte der Bau der Eisenbahnlinie von Djibuti ins Innere Abessiniens⁵⁷⁾. Dieser

⁵³⁾ S. d. N. Doc. No. 340 M. 171. 1935. VII, S. 9 ff.

⁵⁴⁾ Martens, 3 N. R. G. I, 501.

⁵⁵⁾ Art. 1 lautet: »I nazionali e protetti di ciascuno degli Stati contraenti godranno nei territori dell'altro Stato piena libertà di soggiornare, di viaggiare e di esercitare il commercio e l'industria.«

⁵⁶⁾ Der Vertrag ist offiziell nie veröffentlicht. Der Text findet sich bei Alype, S. 241 ff. Der Vertrag v. 1843 ist abgedr. bei de Clercq a. a. O. vol. XV, S. 340.

⁵⁷⁾ Über die Eisenbahnfrage im einzelnen vgl. Pigli, a. a. O. S. 33 ff., ferner Alype »L'Ethiopie et les convois Allemandes«, Paris 1917, S. 73 ff., der auch die einschlägigen Dokumente abgedruckt hat: S. 231 ff.

wurde zunächst selbständig von einer privaten französischen Gesellschaft, der »Compagnie impériale des Chemins de fer éthiopiens«, auf Grund einer von Menelik im Jahre 1894 erteilten Konzession betrieben, bis die französische Regierung durch einen mit der Gesellschaft am 6. Februar 1902 ⁵⁸⁾ abgeschlossenen Vertrag die Kontrolle über die Bahn erlangte und damit die Rivalität Englands auf den Plan rief.

Während sich England in den 90er Jahren in Abessinien zurückgehalten und Italien im wesentlichen freie Hand gelassen hatte, ändert sich seine Haltung um die Jahrhundertwende. Der Grund hierfür ist neben der italienischen Niederlage namentlich darin zu suchen, daß 1897 die Befriedung des Sudans erfolgt war, während sich zur gleichen Zeit die britische Herrschaft in Kenya und Uganda befestigt hatte. Die Bedeutung, die das an diese Gebiete grenzende Abessinien damit für das britische Kolonialreich erlangte, wurde noch dadurch verstärkt, daß die kürzeste Verbindung zwischen Karthum und Uganda — und damit ein Teilabschnitt der nach dem Burenkriege erstmalig geplanten Kap-Kairo-Bahn — über abessinisches Gebiet führte, und daß das abessinische Hochland als Quellgebiet des Blauen Nils und des Atbara die Bewässerung des Sudans und Ägyptens entscheidend beeinflusste; die um 1900 vorgenommene Untersuchung eines englischen Ingenieurs kam insbesondere zu dem Ergebnis, daß dem Tanasee, dem größten Wasserspeicher des nördlichen Abessinien und dem Ursprung des Blauen Nil, für die Kultivierung Ägyptens unschätzbare Bedeutung zukomme ⁵⁹⁾. Die in dieser Hinsicht bestehenden britischen Interessen bedurften in erster Linie einer völkerrechtlichen Sicherung, die durch Art. III und V des schon erwähnten britisch-abessinischen Vertrages vom 15. Mai 1902 erlangt wurde:

»Art. III. — His Majesty the Emperor Menelek II, King of Kings of Ethiopia, engages himself towards the Government of His Britannic Majesty not to construct, or allow to be constructed, any work across the Blue Nile, Lake Tsana, or the Sobat which would arrest the flow of their waters into the Nile except in agreement with His Britannic Majesty's Government and the Government of the Soudan.

Art. V. — His Majesty the Emperor Menelek II, King of Kings of Ethiopia, grants His Britannic Majesty's Government and the Government of the Soudan the right to construct a railway through Abyssinian territory to connect the Soudan with Uganda.

A route for the railway will be selected by mutual agreement between the two High Contracting Parties.«

Durch ein weiteres Abkommen vom 28. August 1904 ⁶⁰⁾ erhielt

⁵⁸⁾ Bulletin des Lois. 1902. Bd. 64, S. 2279 ff.

⁵⁹⁾ Report as to Irrigation Projects on the Upper Nile, etc., by Sir William Garstin; 1901 (Cmd. 672).

⁶⁰⁾ Dieses Abkommen wird in Art. IX des Vertr. v. 13. 12. 1906 erwähnt.

England eine Konzession zum Bau einer Eisenbahn, welche Britisch-Somaliland mit dem Sudan verbinden sollte. Die britischen Pläne gingen aber offenbar über diese Abkommen hinaus auf eine allmähliche »pénétration pacifique« Abessinien, worauf etwa die Errichtung der »Bank of Abyssinia« durch die National Bank of Egypt⁶¹⁾, aber auch die Einflußnahme auf den abessinischen Klerus mittels des Patriarchen von Alexandria⁶²⁾ ein bezeichnendes Licht werfen⁶³⁾. Wenn es unter diesen Umständen nicht zu einem Zusammenstoß mit Frankreich kam, der sich bereits durch eine lebhafte Propaganda für eine Internationalisierung der französischen Eisenbahnlinie anzukündigen schien, so lag der Grund hierfür in der allgemeinen europäischen Lage: Die Politik der »Entente cordiale«, welche eine erste Etappe mit dem französisch-britischen Kolonialabkommen von 1904 erreicht hatte, und die zugleich bestrebt war, das Verhältnis Italiens zu den Mittelmächten möglichst zu lockern, verlangte gebieterisch einen Interessenausgleich auch in diesem Teile Afrikas, der nur durch einen Verzicht auf weitstrebende Pläne und auf der Grundlage einer möglichststen Erhaltung des status quo erreicht werden konnte. Der Hintergrund des britisch-französisch-italienischen Abkommens vom 13. Dezember 1906 ist damit gekennzeichnet.

Das Abkommen vom 13. Dezember 1906⁶⁴⁾

Die Verhandlungen, die zum Abschluß des Dreierabkommens von 1906 führten⁶⁵⁾, wurden bereits im Jahre 1903 durch einen Vorschlag

⁶¹⁾ Auf Grund einer Konzession Menelik vom 19. März 1905, vgl. hierzu Pigli, S. 515.

⁶²⁾ Pigli, S. 515.

⁶³⁾ Vgl. auch den Bericht des französ. Gesandten Lagarde vom 25. 2. 1904 in Documents Diplomatiques Français (1871—1914), 2^e Série (1901—1911) Tome IV, S. 423, in welchem es u. a. heißt: »A l'heure actuelle la Grande-Bretagne est ici dans la pleine expansion d'une politique admirable comme unité de vues et unité d'action. Tout, pour elle, concourt à un but déterminé; qu'il s'agisse de Soudan ou de Somaliland. Elle fait trembler le Négus, et en même temps, lui sauve la face et le flatte en le couvrant d'or et de présents. Les Anglais pénètrent partout, au palais et dans les provinces et il semble, aux yeux des moins informés, que ce n'est plus une partie de l'Ethiopie qu'ils convoitent, mais la totalité de l'Empire.«

⁶⁴⁾ Im Anhang abgedruckt. An Materialien zu diesem Abkommen vgl. Memorandum des Foreign Office vom 11. Dezember 1905 in British Documents on the origins of the War. 1898—1914 vol. VIII, London 1932, S. 24 ff.; das französische Livre Jaune »Affaires d'Ethiopie« von 1907; die Verhandlungen der italienischen Kammer vom 15. März 1907 — insbes. die Rede Tittonis —, abgedruckt bei Rossetti S. 332 ff. An Literatur vgl. insbes.: Tittoni: Questioni del giorno, Milano 1928, S. 43 ff.; Alype, S. 253 ff.; Alype: L'Ethiopie et les convoitises Allemandes, S. 99 ff.; Rouard de Card, a. a. O. S. 43 ff.; Pigli, S. 62 ff.

⁶⁵⁾ Vgl. hierzu insbes. das engl. Memorandum vom 11. Dezember 1905 und Tittoni, a. a. O. S. 44 ff.

der italienischen an die britische Regierung eingeleitet, welcher die Gewährung gegenseitiger Garantien für den Fall zukünftiger Veränderungen in Abessinien, die insbesondere bei Thronstreitigkeiten nach dem Ableben Meneliks erwartet wurden, zum Gegenstand hatte. Auf Grund einer Anregung Lord Lansdownes wurden die Verhandlungen auf weitere Punkte, insbesondere die Aufrechterhaltung des status quo, Verpflichtung der Mächte zur Nichteinmischung in innere Angelegenheiten Abessiniens, Zusammenarbeit bei der Erwirkung von Konzessionen, ausgedehnt. Ein auf dieser Grundlage ausgearbeiteter britisch-italienischer Entwurf wurde der französischen Regierung mitgeteilt, welche ihn mit einem Gegenvorschlag beantwortete, der lediglich in der Regelung der Eisenbahnfrage und der Bestimmung der zukünftigen Interessen der drei Mächte Abweichungen enthielt, hierdurch aber namentlich den italienischen Widerstand wachrief⁶⁶⁾. Erst Ende 1905 konnte eine Einigung erzielt werden; am 6. Juli 1906 erfolgte die Paraphierung des Abkommens, während die endgültige Unterzeichnung zurückgestellt wurde, bis eine Stellungnahme Meneliks erfolgt war. Damit sollte offenbar nicht die Wirkung des Vertrages von einem Beitritt Abessiniens abhängig gemacht werden, vielmehr wollte man sich von dem abessinischen Herrscher bescheinigen lassen, daß er seine souveränen Rechte nicht als beeinträchtigt ansähe⁶⁷⁾. Das Schreiben Meneliks an die Mächte vom 4. Dezember stellt denn auch lediglich eine Empfangsbestätigung unter dem ausdrücklichen Vorbehalt seiner souveränen Rechte dar. Es lautet⁶⁸⁾:

»Von dem Abkommen der drei Mächte habe ich Kenntnis erhalten; ich danke ihnen dafür, daß sie es mir mitteilten und daß sie gewillt sind, die Unabhängigkeit Unseres Reiches zu festigen und zu erhalten.

Aber eben dieses Abkommen ist nach den Worten einer jeden von ihnen⁶⁹⁾ Unserer souveränen Gewalt unterstellt, und es sei kundgetan, daß es uns in keinem Unserer Worte bindet.

Geschrieben in Addis Abeba, am 25. Hedar des Jahres des Heils 1899⁷⁰⁾.«

Aus dieser Erklärung geht eindeutig hervor, daß ein Beitritt Abes-

⁶⁶⁾ Vgl. hierüber im Einzelnen Tittoni, a. a. O. S. 45f.

⁶⁷⁾ Rouard de Card, a. a. O. S. 46. Vgl. hierzu das franz. Gelbbuch »Affaires d'Ethiopie« 1907, S. 11 f. und die Antwort Sir Edward Greys in der Unterhaussitzung vom 1. November 1906 auf eine Anfrage Mr. Ashleys: »The validity of the agreement between the three Powers is not dependent upon Menelik's consent. The agreement was communicated to Menelik with the object of showing him that his interests were not adversely affected by the arrangements which the three Powers had made between themselves.«

⁶⁸⁾ Übersetzung nach dem italienischen Wortlaut abgedr. in der amtl. Sammlung des R. Ministero degli Affari Esteri: »Trattati e convenzioni fra il regno d'Italia e gli altri stati«, vol. 18, S. 926.

⁶⁹⁾ der Mächte.

⁷⁰⁾ 4. Dezember 1906.

sinien zum Vortrage von 1906 nicht erfolgt ist. Damit ergibt sich die wichtige Folgerung, daß alle Bestimmungen dieses Vertrages für Abessinien eine *res inter alios acta* darstellen, die seinen völkerrechtlichen Status unberührt läßt, und aus welcher ihm weder Rechte noch Pflichten erwachsen können. Die neuerdings von einem französischen Publizisten ⁷¹⁾ vorgebrachte These, daß Abessinien durch das Dreierabkommen zu einer Art Protektorat der Westmächte geworden sei, ist schon aus diesem Grunde völlig unhaltbar.

Aus der Nichtbeteiligung Abessiniens ergibt sich insbesondere eine wichtige Folge für die von den Vertragschließenden übernommene Garantie des *status quo* und der Integrität Abessiniens. Da dieses nicht Vertragsgegner ist, steht ihm nicht das Recht zu, ein Eingreifen der Mächte auf Grund der Garantie zu seinen Gunsten zu verlangen ⁷²⁾; vielmehr ist damit lediglich eine vertragliche Bindung der Mächte untereinander begründet worden, welche diese zudem nicht zugunsten Abessiniens, sondern — worauf auch die Fassung der Präambel: »*L'intérêt commun de la France, de la Grande-Bretagne, et de l'Italie étant de maintenir intacte l'intégrité de l'Ethiopie*« hindeutet — in ihrem eigenen Interesse eingegangen sind.

Der Inhalt der auf diese Weise übernommenen Garantie bedarf näherer Erläuterung:

Art. 1 in Verbindung mit Art. 4 S. 1 begründet eine gegenseitige Verpflichtung zur Erhaltung des *status quo* Abessiniens, der durch eine Reihe von Verträgen umschrieben wird. Bei diesen handelt es sich neben den mit Abessinien bis zu dieser Zeit geschlossenen Grenzabkommen (Art. 1, lit. b, c, d, e, j) ⁷³⁾ um Verträge der Mächte untereinander, durch welche diese entweder ihre Besitzungen oder ihre auf abessinischem Gebiet beanspruchten Interessensphären voneinander abgrenzten. Zu der letzteren Gruppe gehören vor allem neben dem französisch-britischen Abkommen von 1888 ⁷⁴⁾ die britisch-italienischen Protokolle von 1891 und 1894, wenn auch modifiziert durch spätere unwesentliche Abänderungen ^{74a)} und die französischen Vorbehalte von 1894 und 1895 ⁷⁵⁾. Insbesondere die Anführung der Protokolle scheint den Schluß naheulegen, daß die Souveränität Abessiniens nicht Vertragsgrundlage gewesen sei. Diese Auslegung verbietet sich jedoch schon auf Grund des letzten Absatzes des Art. 1, welcher den ausdrücklichen Vorbehalt enthält, »*que les diverses Conventions mentionnées dans le présent article ne*

⁷¹⁾ Jacques Bardoux im Temps vom 4. September 1935.

⁷²⁾ So auch Rouard de Card, S. 59f. unter Berufung auf Despagne: *Essai sur les protectorats*, S. 128.

⁷³⁾ Vgl. über diese Verträge die Ausführungen oben S. 767 ff.

⁷⁴⁾ Vgl. oben S. 761 f.

^{74a)} Diese sind im einzelnen aufgeführt bei Rossetti a. a. O. S. 320.

⁷⁵⁾ Vgl. oben S. 766.

portent aucune atteinte aux droits souverains de l'Empereur d'Abyssinie«. Wenn die Protokolle gleichwohl aufrechterhalten wurden, so geschah das nicht in ihrer ursprünglichen Bedeutung: Während die Vertragsschließenden in den Jahren 1891 und 1894 von dem italienischen Protektorat als Grundlage ausgegangen waren, hatten sie nunmehr Abessinien als unabhängigen Staat anerkannt. Solange dieser Staat bestand, entfiel damit die Möglichkeit einer Anwendung der alten Abmachungen auf abessinisches Gebiet und einer Aufteilung desselben in die seinerzeit festgesetzten Interessensphären; den Protokollen kam vielmehr, insoweit sie Abessinien und nicht die Abgrenzung der beiderseitigen Besitzungen betrafen, nur ein virtueller Wert zu, der nur bei einem — von den Vertragsschließenden vielleicht im geheimen erwarteten — Untergang Abessiniens als Völkerrechtssubjekt wieder sichtbar werden konnte.

Diese Rechtslage wurde von dem damaligen italienischen Außenminister klar erkannt⁷⁶⁾. In der Kammersitzung vom 15. März 1907 führte Tittoni u. a. aus, mit dem Friedensvertrag von Addis Abeba

»l'Italia riconobbe l'assoluta indipendenza e sovranità dello Stato Etiopico. Ne fu evidente la conseguenza, che mancò la possibilità di applicare i protocolli di 1891 e 1894 a quei territori nei quali il Governo Italiano aveva ufficialmente riconosciuto la sovranità di un'altro stato indipendente . . . Quando le linee di quei protocolli . . . toccano l'Etiopia esse non conservano che un valore virtuale. Ed intanto l'Etiopia, in forza dei poteri sovrani da noi ad essa riconosciuti, può fare a chi vuole tutte le concessioni possibili . . .«

Der Aufzählung der Verträge im Art. 1 kommt im übrigen noch eine besondere Bedeutung zu: Wie der Art. 11 ersehen läßt, sind diese Verträge — neben den in Art. 5 aufgeführten, die französische Eisenbahnkonzession betreffenden Abmachungen — die einzigen, welche die Vertragsschließenden gegen sich gelten zu lassen brauchen; es ist daher von Bedeutung, daß der französische Geheimvertrag von 1897⁷⁷⁾ unter ihnen nicht genannt ist, während der Nichtaufführung des Friedensvertrages von Addis Abeba angesichts der Erwähnung der auf diesem Verträge beruhenden italienisch-abessinischen Grenzabkommen kein praktisches Gewicht zukommt. Andererseits ergibt sich aus Art. 11 der Kehrschluß, daß die aufgeführten Verträge gegenüber allen Vertragsschließenden Wirksamkeit erlangt haben. Damit sind insbesondere die England durch Abessinien im Verträge von 1902 gewährten Rechte⁷⁸⁾ und desgleichen die Sicherungen, die Frankreich durch das Abkommen von 1862⁷⁹⁾ mit den Häuptlingen der Danakils, den britisch-französi-

⁷⁶⁾ Vgl. hingegen die Ausführungen der italienischen Völkerbundsdenkschrift über die »Sphère d'influence italienne en Ethiopie«, a. a. O. S. 38.

⁷⁷⁾ Vgl. oben S. 772.

⁷⁸⁾ Vgl. oben S. 773.

⁷⁹⁾ Vgl. oben S. 761.

schen Notenwechsel vom 2./9. Februar 1888⁸⁰⁾ und insbesondere den Grenzvertrag von 1897 mit Abessinien hinsichtlich des Hinterlandes von Djibuti⁸¹⁾ erlangt hatte, auch für Italien völkerrechtlich verbindlich geworden.

Für die Bestimmung der von den Mächten übernommenen Garantie ist neben dem Art. 1 der Art. 4 S. 1 heranzuziehen, in welchem sich die Vertragschließenden verpflichten, »qu'ils feront tous leurs efforts — pour maintenir l'intégrité de l'Ethiopie«. Aus dem Umstande, daß hier nur die »intégrité« erwähnt wird, hat man schließen wollen, daß eine Garantie der »indépendance politique« nicht erfolgt sei⁸²⁾. Diese Auslegung ließe sich halten, wenn sich der Inhalt der Garantie allein auf Grund des Art. 4 bestimmte; ein Vergleich dieser Bestimmung mit ähnlichen Verträgen der gleichen Epoche, in denen regelmäßig von »indépendance et intégrité« die Rede ist⁸³⁾, könnte dann dafür sprechen, daß im vorliegenden Falle nur die Unversehrtheit des Gebiets, nicht aber die Souveränität Abessiniens gewährleistet werden sollte. Diese Auslegung erscheint jedoch angesichts des Art. 1 nicht haltbar, welcher den status quo und damit zugleich auch die Unabhängigkeit Abessiniens in die Garantie einbezieht; denn diese bildet die Grundlage für die von den drei Mächten mit Abessinien abgeschlossenen und im Art. 1 aufgeführten Abkommen und soll auch durch die zwischen den Vertragsschließenden bestehenden Verträge nach der ausdrücklichen Bestimmung des Schlußabsatzes dieses Artikels nicht angetastet werden.

Neben die Garantie der Art. 1 und 4 S. 1 tritt in Art. 3 die Verpflichtung zur Nichteinmischung in innere Angelegenheiten Abessiniens und zur gegenseitigen Verständigung, falls eine der Mächte eine Intervention für notwendig erachten sollte (Art. 3 Abs. 2), eine Bestimmung, die bei den Dreimächteverhandlungen vom August 1935 von Bedeutung geworden ist.

Der übrige Teil des Abkommens befaßt sich mit den gegenwärtigen und künftigen Interessen der Mächte in Abessinien. Um eine Regelung gegenwärtiger Interessen handelt es sich in Art. 4, welcher eine Zusammenarbeit der Mächte bei der Erwirkung von Konzessionen vorsieht, und ferner in den Artikeln 5—9, in welchen die Richtlinien eines gemeinsamen Vorgehens in der Frage der Eisenbahnkonzessionen festgelegt

⁸⁰⁾ Vgl. oben S. 761 f.

⁸¹⁾ Vgl. oben S. 772.

⁸²⁾ Vgl. die Erklärung Aloisio vor der Welpresse vom 20. Sept. 1935, in welcher er sich darauf beruft, daß »il trattato del 1906 al suo articolo 4 parla dell'integrità dell'Etiopia, ma non dice nulla sull'indipendenza politica«.

⁸³⁾ Vgl. etwa: Präambel des Garantievertr. hins. Norwegens vom 2. 11. 1907 (Hertslet, Comm. treaties, Vol. 25, S. 967); Präambel des russisch-brit. Vertr. v. 31. 8. 1907 über Persien (Hertslet, Vol. 25, S. 1043); Präambel d. brit.-japan. Vertr. v. 12. 8. 1905 über China (Hertslet, Vol. 24, S. 717).

werden. Lediglich von künftigen Interessen handelt dagegen Art. 5. Dieser Artikel sollte nach dem Willen der Vertragschließenden entsprechend dem ursprünglichen italienischen Vorschlag für ein gemeinsames Vorgehen der Mächte als Grundlage dienen, falls dieses bei dem infolge des Ablebens Meneliks erwarteten Zerfall des abessinischen Reiches erforderlich werden sollte.

Die Abgrenzung der unter lit. a—c aufgeführten Interessen ist nur für diesen Eventualfall gedacht. Sie hat keinesfalls die Bedeutung einer Aufteilung des gegenwärtigen Abessinien in Interessensphären, wie das die italienische Völkerbundsdenkschrift ⁸⁴⁾ offenbar annimmt. Gegen diese Auslegung spricht neben dem klaren Vertragswortlaut und den oben hinsichtlich der Bedeutung der Protokolle von 1891 und 1894 angestellten Erwägungen, die hier mutatis mutandis gelten müssen, die Entstehungsgeschichte des Vertrages: Wie das bereits erwähnte Memorandum des Foreign Office ⁸⁵⁾ ersehen läßt, war in dem ursprünglich italienisch-britischen Entwurf eine Aufteilung in Interessensphären beabsichtigt gewesen — ein Plan, der dann aber auf französischen Widerstand zugunsten der in das endgültige Abkommen übergegangenen Regelung aufgegeben wurde:

»The Agreement ⁸⁶⁾ stated that the Italian Government desired a territorial communication between Erythraea and Italian Somaliland, but the French Government expressed their apprehension that this would encroach on the French possessions in the neighbourhood of Jibuti. M. Delcassé stated that if the country were divided up into spheres of influence, and if His Majesty's Government claimed the territory within the watershed of the Nile, France would claim the reversion of all that did not come within that watershed (including the town of Adis Abeba itself), leaving no room for the territory claimed by Italy.

Lord Lansdowne thereupon proposed that any reference to spheres of influence should be avoided, and the three Powers content themselves with a declaration that they desired to maintain the independence of Abyssinia, and that, should that independence prove, unfortunately, impossible to maintain, they would take counsel together with a view to arriving at an understanding for the protection of their special interests, which should be defined in the Agreement.

This proposal was favourably received by the French Government.«

Im ganzen gesehen spiegelt sich im Verträge von 1906 das Kräfteverhältnis der Mächte, wie es sich seit 1896 entwickelt hatte, getreulich wider: während England die Anerkennung seiner Interessen im Nilbecken durch die Anführung des Vertrages von 1902 für die Gegenwart und durch die Klausel des Art. 4a für den Fall zukünftiger Verände-

⁸⁴⁾ S. d. N. Doc. No. 340 M. 171. 1935. VII, S. 38.

⁸⁵⁾ Vgl. oben Anm. 64.

⁸⁶⁾ d. h. der italienisch-britische Vorschlag.

rungen erlangte und sich den weitstrebenden französischen Plänen — insbesondere der beabsichtigten Weiterführung der Bahn über Addis Abeba hinaus⁸⁷⁾ — gegenüber behauptete, hatte Frankreich — mit der Einschränkung des Art. 7 — die Erhaltung des französischen Charakters der Bahnlinie Djibuti-Addis Abeba durchsetzen können und sich damit den wirtschaftlichen Einfluß auf das Hinterland von Französisch-Somaliland gesichert. Hingegen mußte sich Italien mit den Zusicherungen des Art. 4b, also mit einer Hypothek auf eine ungewisse Zukunft begnügen, der es zudem an Präzision fehlte.

Es war kein Wunder, daß das Dreierabkommen in Italien niemals Anklang gefunden hat; man sah darin ein Begräbnis der einstmaligen Protektorspläne⁸⁸⁾ und tröstete sich andererseits damit, daß es lediglich einen zeitweiligen Ausgleich zwischen den aufsteigenden italienischen, den im Sinken begriffenen französischen und den neutralen britischen Interessen darstelle und daher als *«atto puramente transattivo, e perciò storicamente momentaneo»* jederzeit der Abänderung unterliege⁸⁹⁾. Die italienische Einstellung hat jedoch nicht verhindern können, daß der Vertrag von 1906 bis heute, mit den durch die Völkerbundsmitgliedschaft Abessinien gegebenen Einschränkungen, die Rechtsgrundlage für das Verhältnis zwischen den drei Mächten in Abessinien geblieben ist⁹⁰⁾.

Die Vorgänge der Nachkriegszeit bis zur Aufnahme in den Völkerbund am 28. September 1923

In den Jahren seit dem Abschlusse des Dreierabkommens bis zum Ausgange des Weltkrieges nehmen die Beziehungen der drei Mächte, deren Interessen durch die großen europäischen Ereignisse in Anspruch

⁸⁷⁾ Vgl. hierzu Art. 8 des Abkommens.

⁸⁸⁾ Vgl. den Senator De Marinis in der Kammersitzung v. 15. 3. 1907, Rossetti, S. 335: *«... questo accordo rappresenta l'ultimo strappo a quel nostro magnifico programma con cui miravamo all'altipiano etiopico come l'unica vera sede in cui potesse vivere una popolazione di bianchi.»*

⁸⁹⁾ Giuseppe Piazza: *La nostra pace coloniale*, Roma 1917, S. 86f.; vgl. auch die Darstellung der ital. Auffassung im *Osservatore Romano*, Nr. 194 v. 21. 8. 1935.

⁹⁰⁾ Die Wirksamkeit des Vertrages ist durch das Genfer Communiqué der drei Mächte vom 1. Aug. 1935 (Temps 5. 8. 1935) erneut bestätigt worden, in welchem ausdrücklich auf den Vertrag von 1906 Bezug genommen wird.

In dem Bericht des Dreizehnerausschusses (vgl. den Abdr. unten S. 897 ff.) heißt es, daß die — von uns abgelehnte — Auslegung des Abkommens von 1906 als eines Aufteilungsvertrages *«se heurterait à l'article 10 du Pacte, qui lie les trois signataires de l'accord de 1906 et dont l'Ethiopie est bénéficiaire depuis qu'elle est membre de la Société des Nations, ce qui aurait pour conséquence, conformément à l'article 20 du Pacte, de rendre caduc l'accord de 1906 dans la mesure où cette contradiction existerait.»* Der Ausschuß stellt aber im übrigen fest, daß diese Auslegung von den Signataren offenbar nicht geteilt werde, insbesondere auch von Italien nicht vorgebracht sei.

genommen sind, einen im wesentlichen statischen Charakter an. Erst beim Friedensschlusse wendet sich die Aufmerksamkeit wieder der abessinischen Frage zu.

Die Anregung hierzu ging von Italien aus, welches seine Position durch den Vertrag von London vom 26. April 1915 ^{90a)} gestärkt sah, dessen Artikel 13 ihm grundsätzlich einen Ausgleich zusichert für den Fall einer Vergrößerung des französischen und britischen Kolonialgebiets auf Kosten Deutschlands:

»Dans le cas où la France et la Grande-Bretagne augmenteraient leurs domaines coloniaux d'Afrique aux dépens de l'Allemagne, ces deux Puissances reconnaissent en principe que l'Italie pourrait réclamer quelques compensations équitables, notamment dans le règlement en sa faveur des questions concernant les frontières des colonies italiennes de l'Erythrée, de la Somalie et de la Lybie et des colonies voisines de la France et de la Grande-Bretagne.«

Während italienische Kolonialvereine die Forderung erhoben, die Protokolle von 1891 und 1894 müßten ihre wahre Wirksamkeit erlangen »garentendo all'Italia in una maniera esclusiva lo sviluppo di un'azione pacifica, politica e commerciale nell'impero etiopico« ⁹¹⁾, begnügte sich die italienische Regierung damit, der britischen auf der Londoner Konferenz von 1919 einen Vorschlag zu unterbreiten, welcher eine Verwirklichung der Italien im Art. 4 des Vertrages von 1906 für den Fall künftiger Veränderungen in Abessinien zugebilligten Interessen erstrebte: Gegen eine Unterstützung der britischen Pläne hinsichtlich des Tana-sees sollte England Italien bei der Erlangung einer Konzession für den Bau einer Eisenbahn von der somalischen zur eritreischen Grenze unterstützen und ihm den ausschließlichen wirtschaftlichen Einfluß im Westen Abessiniens und in dem von der geplanten Eisenbahn erschlossenen Gebiet zugestehen ⁹²⁾. Die britische Regierung zeigte sich jedoch nicht geneigt, auf die italienischen Wünsche einzugehen, wobei sie sich namentlich auf die Bedenken berief

»que soulevait l'idée de permettre à une Puissance étrangère d'établir un genre quelconque de contrôle sur les sources de fleuves présentant une importance aussi vitale pour la prospérité et même pour l'existence de l'Egypte et du Soudan ⁹³⁾.«

Für das Scheitern der italienischen Initiative war aber offenbar noch ein anderer Grund maßgebend: Gewisse Anzeichen ließen darauf schließen, daß sich die britische Aufmerksamkeit verstärkt Abessinien zu-

^{90a)} Martens, 3 N. R. G. X, 329.

⁹¹⁾ Entschließung der Società Africana d'Italia vom 5. Juni 1919, zit. bei Pigli, S. 97f.; weitere Angaben ebendort.

⁹²⁾ Die Vorschläge sind wörtlich zitiert in der Note Grahams an Mussolini vom 14. Dez. 1925 (S. d. N., Journ. Off. 1926, S. 1518 ff.).

⁹³⁾ Vgl. die Note Grahams a. a. O.

Z., ausl. öff. Recht u. Völkerr. Bd. V.

wandte und der alte Plan einer »pénétration pacifique« wieder aufgenommen wurde. Insbesondere war hierfür die Errichtung der »Abyssinian corporation« bezeichnend ⁹⁴⁾. Diese Gesellschaft, bei deren Gründung, die mit einem Geschäftskapital von 1 Million Pfund Sterling erfolgte, das Foreign Office ⁹⁵⁾ seine Hand im Spiele hatte, erwirkte Anfang 1920 mit der Unterstützung des britischen Gesandten in Addis Abeba umfangreiche Konzessionen, die u. a. Baumwollpflanzungen und Bergwerksrechte in Harrar betrafen — ein Vorgehen, das mit Art. 2 des Vertrages von 1906 in offenbarem Widerspruch stand ⁹⁶⁾. Dauernde Wirkungen ergaben sich dadurch nicht, da die Gesellschaft infolge starker Verluste ihre Tätigkeit bald einstellen mußte.

Das neuerwachte britische Interesse an Abessinien zeigte sich jedoch bald auf einem anderen Gebiet ⁹⁷⁾: Anfang 1922 erschien eine Artikelserie in der Westminster Gazette, welche die in Abessinien herrschende Sklaverei und die Machtlosigkeit der abessinischen Zentralregierung in den schwärzesten Farben malte. Bald danach wurde das Thema von einer angesehenen englischen Kolonialzeitschrift, der West Africa, aufgenommen. Diese erörterte in ihrer Nummer vom 28. Januar 1922 offen die Möglichkeit einer Intervention, durch welche Abessinien seine Unabhängigkeit, die es bisher nur durch die Eifersucht der Mächte erhalten habe, einbüßen würde, und schlug insbesondere vor, daß der abessinischen Regierung ein erfahrener Kolonialbeamter — als solcher wurde u. a. Sir Frederick Lugard, der auch als Vizepräsident der Abyssinian Corporation in Erscheinung getreten war, genannt — als Berater beigeordnet werden sollte.

Die die britische Öffentlichkeit beschäftigende Frage gelangte in vorsichtiger Form auf der Septembertagung der Assemblée vor das Forum des Völkerbundes. In der Plenarsitzung brachte der Delegierte Neu-Seelands, Sir Arthur Steel-Maitland, eine Motion folgenden Inhalts ein:

»The Assembly resolves to refer to the appropriate Committee the

⁹⁴⁾ Vgl. hierüber Alype, S. 185ff.; Pigli, S. 102.

⁹⁵⁾ Vgl. die Erklärung des Barons Emile D'Erlanger — des Bankiers, welcher die Emission übernommen hatte — in der Generalversammlung der Gesellschaft vom 2. Dezember 1920, wörtl. übers. im Bulletin du Comité de l'Afrique française 1922, S. 244: »L'Abyssinian Corporation était une affaire dont nous nous sommes occupés plutôt à contre-cœur. Nous ne l'avons fait que poussés par le désir d'être agréable au ministère des Affaires Etrangères. ... Notre Président a été choisi d'accord avec les Affaires Etrangères.«

⁹⁶⁾ Vgl. hierzu den Aufsatz Gaydas »I violatori dei trattati«, Giornale d'Italia vom 17. Aug. 1935, dem allerdings entgegenzuhalten ist, daß Italien aus dem Fall der Abyssinian Corporation nach der britisch-italienischen Verständigung von 1925 keine Rechte mehr herleiten kann.

⁹⁷⁾ Vgl. zum folgenden Alype, S. 188ff. mit Zitaten, Pigli S. 103ff.

question of the recrudescence of slavery in Africa in order that it may consider and propose the best methods for combating the evil« 97a).

Diese Anregung hatte jedoch zunächst — offenbar infolge des Widerstandes Frankreichs — das Ergebnis, daß die Versammlung auf Vorschlag des 6. Komitees nur eine allgemeine Erörterung der Sklavenfrage während der nächsten Session beschloß, wozu der Berichterstatter bemerkte:

»... we unanimously decided in the Committee to avoid any mention of any particular part of the world in which slavery was going on. We thought that it would be quite sufficient to mention slavery alone« 97b).

Die britische Haltung gegenüber Abessinien blieb auch im Jahre 1923 unverändert; sie fand einen offiziellen Ausdruck in einer Aussprache im House of Lords über die Sklaverei in Abessinien vom 30. Juli, in deren Verlauf Lord Curzon u. a. erklärte:

»... when Menelik died chaos and anarchy prevailed in the country and every man was a law unto himself. . . . No doubt, there has been during that period a considerable weakening of the central authority, and I dare say a revival of some of the worst abuses of slavery to which reference has been made.«

Der Sturm der britischen öffentlichen Meinung gegen Abessinien wurde in Frankreich von vornherein mit Mißtrauen betrachtet 98). Dieses Land, das infolge der gegenwärtigen Vorteile, die ihm der Vertrag von 1906 bot, am stärksten an dessen Aufrechterhaltung interessiert war, witterte hinter der britischen Propaganda Pläne, die den status quo bedrohten. Im Sommer 1923 schien der französischen Diplomatie der Augenblick gekommen, um der gemutmaßten Gefahr durch die Aufnahme Abessiniens in den Völkerbund, womit diesem der Schutz der Völkerbundssatzung zuteil werden mußte, vorzubeugen 99). Nachdem »französische Freunde« dem Regenten Tafari Makonnen — dem jetzigen Negus — die Stellung eines Aufnahmeantrages nahegelegt hatten, entsprach dieser — durch Telegramm vom 1. August 99a) und nachfolgendes Schreiben vom 12. August 100) — der französischen Anregung, nicht ohne sich vorher der aktiven Unterstützung der französischen Regierung vergewissert zu haben; ferner hatten französische Sondierungen in London und Rom das Ergebnis gehabt, daß sowohl die italienische wie die britische Regierung erklärten, gegen die Aufnahme Abessiniens keine Einwendungen erheben zu wollen. Trotz dieser Zusicherungen

97a) S. d. N. Actes de la trois. Assemblée, séances plén., vol. I, S. 50.

97b) a. a. O. S. 170.

98) Vgl. die Aufsätze im Bulletin du Comité de l'Afrique française, 1922, S. 61, 215 ff., 243 ff., die scharf gegen die englische Kampagne Stellung nehmen.

99) Vgl. zum folgenden Alype, S. 270 f.

99a) S. d. N. Doc. A. 25. 1923 VII.

100) S. d. N. Doc. A 55 1923. VII.

ergaben sich bei der Behandlung des abessinischen Aufnahmeantrages, die während der vierten ordentlichen Völkerbundsversammlung im September 1923 erfolgte, erhebliche Schwierigkeiten, die nur durch das energische Eingreifen der französischen Delegation überwunden werden konnten. Es zeigte sich bei den Beratungen der zweiten Sous-Commission, eines Unterausschusses der 6. Kommission ¹⁰¹⁾, daß mehrere Delegierte, darunter auch die Vertreter Englands und Italiens, für eine Vertagung des Aufnahmeantrages um ein Jahr eintraten; während dieser Zeit sollte in einer eingehenden Untersuchung festgestellt werden, ob die abessinische Regierung hinreichende Autorität besitze, um eine Völkerbundsmitgliedschaft Abessiniens zu rechtfertigen. Gegen diese These setzte sich jedoch schließlich die Auffassung durch, daß es genüge, wenn der Eintritt Abessiniens von der Übernahme gewisser Verpflichtungen abhängig gemacht werde.

Zunächst handelte es sich hierbei um die Sklavenfrage. Die Unterkommission sah sich der Tatsache gegenüber, daß sowohl die Haussklaverei wie der Sklavenhandel in Abessinien fortbestanden, obwohl bereits Menelik II. der Brüsseler Generalakte vom 2. Juli 1890 ¹⁰²⁾ beigetreten war und die abessinische Regierung noch im Juli 1922 ¹⁰³⁾ ein Edikt gegen den Sklavenhandel erlassen hatte ¹⁰⁴⁾. Die Ausschlußmehrheit hielt es jedoch für ausreichend, Abessinien zum Beitritt zu Art. 11 Abs. 1 des die Berliner und Brüsseler Generalakte revidierenden Vertrages von Saint-Germain vom 10. September 1919 ¹⁰⁵⁾ zu verpflichten ¹⁰⁶⁾, welcher lautet:

»Les Puissances signataires, exerçant des droits de souveraineté ou une autorité dans les territoires africains, continueront à veiller à la conservation des populations indigènes, ainsi qu'à l'amélioration de leurs conditions morales et matérielles; elles s'efforceront, en particulier, d'assurer la suppression complète de l'esclavage sous toutes ses formes et de la traite des noirs, sur terre et sur mer.«

Über die Erwägungen, welche sie leiteten, unterrichteten die Ausführungen des italienischen Delegierten Bonin-Longare in der öffentlichen Sitzung der 6. Kommission vom 20. September ¹⁰⁷⁾, in denen er

¹⁰¹⁾ Über die Sitzungen dieser Kommission wurden keine Protokolle veröffentlicht. Die folgenden Angaben stützen sich auf die Darstellung Atypes (S. 275 ff.), der als Berater des französischen Delegierten Jovenel während der Genfer Verhandlungen zugegen war.

¹⁰²⁾ Martens, 2 N. R. G. XVII, 345 ff. Der Beitritt Abessiniens erfolgte am 16. September 1890: Vergl. British and Foreign State Papers Vol. 85, S. 778.

¹⁰³⁾ Abgedr. S. d. N., Journ. Off. 1923, Suppl. Spéc. No. 19, S. 33.

¹⁰⁴⁾ An Informationen stand der Kommission insbesondere ein Bericht der französischen Regierung zur Verfügung: S. d. N., Doc. A. 18. 1923. VI.

¹⁰⁵⁾ Martens, 3 N. R. G. XIV, 12.

¹⁰⁶⁾ Vgl. die abessinische Verpflichtungserklärung unten S. 788.

¹⁰⁷⁾ S. d. N., Journ. Off. 1923, Suppl. Spéc. No. 19, S. 18.

zunächst feststellte, daß am Bestehen des Sklavenhandels in Abessinien nicht der Stand der Gesetzgebung, sondern die mangelhafte Anwendung der Gesetze schuld sei, und dann fortfuhr:

»En ce qui concerne la condition des esclaves, l'adoucissement progressif des mœurs a amené un adoucissement dans leur situation, à ce point qu'on a pu parler non plus d'esclavage, mais de servage. Certes, la distinction entre serfs et esclaves est assez subtile. Les prérogatives essentielles de l'homme libre sont de pouvoir disposer de sa personne, de pouvoir quitter son maître à sa convenance personnelle, enfin, de pouvoir profiter de son travail sous forme de salaire ou de produits. Or ces prérogatives ne sont point assurées au serf abyssin.

Toutefois, ces constatations ne nous ont pas fait penser qu'il fallût opposer à la demande de l'Abyssinie une fin de non recevoir, mais, au contraire, sa demande d'admission étant une preuve évidente de sa bonne volonté, il nous a paru évident que nous devons l'encourager en faisant droit à cette demande. Nous avons cru devoir et nous lui avons demandé une seule garantie, c'est-à-dire d'accepter les principes adoptés par les autres Etats en matière d'esclavage dans leur forme contractuelle la plus récente, savoir celle qui se trouve dans la Convention de Saint-Germain.»

Schwieriger gestaltete sich die Behandlung der Frage des Waffen- und Munitionshandels:

Die bisherige Rechtslage wurde bestimmt durch die Brüsseler Generalakte vom 2. Juli 1890¹⁰⁸⁾ sowie durch Art. 5 des abessinisch-britischen Vertrages vom 14. Mai 1897¹⁰⁹⁾ und Art. 5 des Klobukowski-Vertrages¹¹⁰⁾, die beide die Durchfuhr von für die abessinische Regierung bestimmten Waffen und Munitionssendungen unter den Voraussetzungen der Generalakte gestatten¹¹¹⁾. Hiernach fand insbesondere der auf die Lage Abessiniens zugeschnittene Artikel X der Generalakte Anwendung, wonach

»L'autorisation de transit . . . ne pourra être refusée lorsque les armes et munitions doivent passer à travers le territoire d'une Puissance signataire ou adhérente occupant la côte, vers des territoires à l'intérieur placés sous la souveraineté ou le protectorat d'une autre Puissance signataire ou adhérente, à moins que cette dernière Puissance n'ait un accès direct à la mer par son propre territoire . . . Toute demande de transit doit être accompagnée d'une déclaration émanée du Gouvernement de la Puissance ayant des possessions à l'intérieur, et certifiant que les dites armes et munitions ne sont pas destinées à la vente, mais à l'usage des autorités de la Puissance ou de la force militaire nécessaire pour la

¹⁰⁸⁾ Vgl. oben Anm. 102.

¹⁰⁹⁾ British and Foreign State Papers, Vol. 89, S. 31.

¹¹⁰⁾ Vgl. oben S. 770.

¹¹¹⁾ Vgl. ferner die — gleichzeitig mit dem Dreierabkommen abgeschlossene — britisch-italienisch-französische Konvention vom 13. Dezember 1906 (Martens, 2 N. R. G. XXXV, 556), in welcher sich die Mächte zu einer strengen Beachtung der Generalakte und einer Einwirkung in diesem Sinne auf den Negus sowie zur Bekämpfung des Waffen- und Munitionsschmuggels im Roten Meer, Golf von Aden und Indischen Ozean verpflichten.

protection des stations de missionnaires ou de commerce, ou bien des personnes désignées nominativement dans la déclaration. Toutefois, la Puissance territoriale de la côte se réserve le droit d'arrêter, exceptionnellement et provisoirement, le transit des armes de précision et des munitions à travers son territoire si, par suite de troubles à l'intérieur ou d'autres graves dangers, il y avait lieu de craindre que l'envoi des armes et munitions ne pût compromettre sa propre sûreté.»

In den Beratungen der Unterkommission vertrat der britische Delegierte Wood — unterstützt von Italien — die Auffassung, daß diese bisherige Regelung durch eine Vereinbarung der Nachbarstaaten Abessiniens und ein entsprechendes Waffenausfuhrverbot der Völkerbundsmitgliedsstaaten ersetzt werden müsse, wonach die Waffeneinfuhr nach Abessinien auf 500 Gewehre jährlich zu beschränken sei ¹¹²⁾. Nach langwierigen Verhandlungen setzte sich jedoch die französische Auffassung durch, daß der Sklavenhandel nur bei ausreichender Bewaffnung der abessinischen Armee unterdrückt werden könne; die Kommission beschloß daher, die bestehende Regelung beizubehalten, darüber hinaus aber Abessinien zur Einhaltung der Grundsätze des Vertrags von Saint-Germain vom 10. September 1919 ¹¹³⁾ über den Munitions- und Waffenhandel zu verpflichten, welcher auf Grund des Art. 1 die Ausfuhr von Kriegswaffen und Munition grundsätzlich untersagt, hiervon aber den Vertragschließenden eine Ausnahme »pour les besoins... du Gouvernement de l'une entre elles« gestattet, während Art. 6 Ziff. 1 die gleiche Verpflichtung hinsichtlich der Einfuhrerlaubnis auf dem afrikanischen Kontinent enthält. Diese Lösung, die ihren Niederschlag in Ziffer 2 der von Abessinien abgegebenen Erklärung gefunden hat ¹¹⁴⁾, war insofern unvollkommen, als die Konvention von Saint-Germain von den meisten Staaten, insbesondere den Großmächten, nicht ratifiziert worden ist, so daß die von Abessinien gegenüber dem Völkerbund als solchem eingegangene Verpflichtung — von unerheblichen Ausnahmen abgesehen — nicht durch entsprechende vertragliche Abmachungen mit den einzelnen Staaten — insbesondere den drei an abessinisches Gebiet grenzenden Mächten — ergänzt wurde. Diese Lage hat sich auch nicht durch die Genfer Konvention über den Waffenhandel vom 17. Juni 1925 ¹¹⁵⁾, welche in Artikel 28 eine Sonderbestimmung hinsichtlich Abessiniens enthält, geändert, da die Konvention bisher weder von Abessinien noch Italien ratifiziert wurde und auch allgemein noch nicht in Kraft getreten ist ¹¹⁶⁾. Eine Regelung

¹¹²⁾ Alype, S. 281 f.

¹¹³⁾ Martens 3 N. R. G. XIV, 25.

¹¹⁴⁾ Über den Umfang der hiernach von Abessinien zu übernehmenden Verpflichtungen vgl. die Aussprache in der 6. Kommission, a. a. O. S. 13—15, 18 ff.

¹¹⁵⁾ Text in S. d. N. Journ. Off. 1925, S. 1118 ff.

¹¹⁶⁾ Vgl. hierüber S. d. N. Journ. Off. 1935, Suppl. Spéc. No. 136, S. 43 f.

zwischen Abessinien und den drei Mächten brachte erst der am 19. Februar 1932 in Kraft getretene Vertrag vom 21. August 1930¹¹⁷⁾, welcher in Einklang mit der Genfer Konvention von 1925 Waffen und Kriegsmaterial in Kategorien einteilt und die Nachbarstaaten Abessiniens zur Gestattung der Durchfuhr gegen Lizenzen der abessinischen Regierung, für welche bei jeder Kategorie besondere Erfordernisse vorgeschrieben sind, verpflichtet. Diese Verpflichtung wurde jedoch durch Art. 9, Abs. 4 eingeschränkt:

»Toutefois, si l'attitude ou la situation troublée de l'Ethiopie menace la paix ou la tranquillité publique, l'autorisation de transit devra être refusée par les autorités des territoires limitrophes, jusqu'à ce que cette menace ait cessé d'exister. Cette disposition ne saurait faire obstacle à la possibilité d'un tel transit dans le cas où ces armes et munitions seraient nécessaires pour permettre aux autorités éthiopiennes légitimes d'assurer le maintien de la tranquillité publique.«

Eine dem Vertrage beigegebene Erklärung der abessinischen Regierung enthält ferner die Zusicherung:

»Sa Majesté Impériale, préoccupée avant tout du développement économique de Son pays, entend conformer strictement Ses achats d'armes aux nécessités d'une politique de paix et de réformes qui Lui fait un devoir d'assurer la sécurité de Son Empire et d'y maintenir l'ordre intérieur. C'est dans cet esprit qu'Elle n'achètera pas d'artillerie lourde ni d'avions de chasse.«

Durch Art. 16 des Vertrages ist die Anwendung früherer allgemeiner internationaler Abkommen, insbesondere der Konvention von Saint-Germain, »en tant qu'elles concernent les matières faisant objet du présent Traité et qu'elle lient entre elles les Puissances qui y sont Parties« ausgeschlossen. Es ergibt sich somit die eigentümliche Lage, daß im Verhältnis zwischen Abessinien und den drei Westmächten gegenwärtig eine Regelung Platz greift, die sich — mögen die Abweichungen auch sachlich wenig erheblich sein — nicht mit der von Abessinien dem Völkerbund gegenüber übernommenen, in ihrer Wirksamkeit durch die Sondervereinbarung von 1930 nicht berührten Verpflichtung deckt.

Durch die Verhandlungen der zweiten Unterkommission waren die Haupthindernisse, welche einer Aufnahme Abessiniens entgegenstanden, bereits überwunden. In ihrem Bericht an die 6. Kommission¹¹⁸⁾ wurden die in ständiger Übung aus Art. 1 der Völkerbundssatzung hergeleiteten Voraussetzungen für die Völkerbundsmitgliedschaft von Abessinien als erfüllt angesehen, wenn auch mit zwei Einschränkungen:

Die Unterkommission stellte fest »qu'elle n'a pas pu déterminer

¹¹⁷⁾ Great Britain Treaty Series 1932, Nr. 10; dort auch die Angabe, daß die Niederlegung der Ratifikation am 19. 2. 1932 erfolgte, womit der Vertrag gemäß Art. 18 in Kraft trat.

¹¹⁸⁾ S. D. N., Journ. Off. 1923, Suppl. Spéc. No. 19, S. 32.

avec certitude l'étendue du pouvoir de l'autorité centrale sur les provinces éloignées de la capitale». Sie bemerkte ferner, daß Abessinien durch das Telegramm des Prinzregenten vom 1. August 1923, in dem es heiße:

»Le Gouvernement éthiopien est prêt à accepter les conditions contenues dans l'article premier du Pacte et à exécuter toutes les obligations qui incombent aux Membres de la Société des Nations«

allerdings seinen guten Willen bekunde, die ihm obliegenden völkerrechtlichen Verpflichtungen zu erfüllen. Der Bericht fuhr dann aber fort:

»La Sous-Commission . . . ne peut cependant affirmer que ses engagements ont toujours été entièrement remplis dans le passé.«

Der Bericht empfahl anschließend, daß die abessinische Delegation, bevor die Völkerbundsversammlung zu dem Aufnahmeantrag Stellung nehme, die folgende Erklärung unterzeichne:

»L'Empire éthiopien, s'inspirant de l'exemple d'autres Etats souverains qui ont pris des engagements particuliers au moment de leur admission dans la Société des Nations, déclare que:

1. L'Ethiopie adhère aux engagements formulés à l'art. 11¹¹⁹⁾, paragraphe 1, de la Convention, portant revision de l'Acte général de Berlin du 26 février 1885 et de l'Acte général et de la Déclaration de Bruxelles du 2 juillet 1890, signée à Saint-Germain-en-Laye le 10 septembre 1919.

2. L'Ethiopie, respectueuse du régime actuellement établi en ce qui concerne l'importation des armes et munitions, s'engage à se conformer aux principes énoncés dans la Convention relative au contrôle du commerce des armes et des munitions et le Protocole signé à Saint-Germain-en-Laye, le 10 septembre 1919, et particulièrement aux stipulations de l'article 6 de ladite Convention.

3. L'Ethiopie est et demeure prête à fournir au Conseil toutes informations et à prendre en considération toutes recommandations que le Conseil pourra lui faire au sujet de l'exécution de ces engagements qu'elle reconnaît comme intéressant la Société des Nations.«

Auch die auf Grund dieses Berichts noch bestehenden Schwierigkeiten wurden durch die Verhandlungen der 6. Kommission aus dem Wege geräumt. Auf einen Protest der abessinischen Delegation hin wurde der Satz des Berichtes, welcher sich auf die mangelhafte Vertragserfüllung Abessiniens bezog, gestrichen, während der Hinweis auf den Umfang der zentralen Regierungsgewalt nur in der folgenden abgeschwächten Fassung aufrechterhalten blieb:

»La Sous-Commission, bien qu'elle n'ait pu déterminer exactement dans quelle mesure s'exerce l'autorité efficace du pouvoir central dans les régions éloignées de la capitale, est d'avis que l'Empire d'Ethiopie se gouverne librement.«

¹¹⁹⁾ In dem Abdruck der Erklärung (S. d. N., Recueil des Traités Vol. 25, S. 180) ist — in Übereinstimmung mit der ersten Fassung des Berichts der Souscommission — statt des Art. 11 der Art. 2 genannt. Hierbei handelt es sich offensichtlich um ein Versehen, das sich aus einer Verwechslung der römischen und arabischen Ziffern erklären läßt. Im revidierten Bericht der Souscommission ist denn auch zutreffend der Art. 11 angeführt.

Die öffentliche Aussprache ¹²⁰⁾ stellte im übrigen ein Nachspiel zu den vorausgegangenen Verhandlungen, dar: Der britische und der australische Delegierte vertraten hierbei im Einklang mit ihrer Haltung in der Unterkommission die Auffassung, daß der Aufnahmeantrag zunächst, um eine Untersuchung zu ermöglichen, vertagt werden müsse, während sich der französische Delegierte energisch für die sofortige Aufnahme Abessiniens einsetzte und hierfür u. a. das Argument anführte:

»Si, en effet, d'ici l'année prochaine, un incident se produit sur les frontières de l'Ethiopie, qui, dans ces régions, se réglerait peut-être par la force, ce recours à la force serait mis au passif de la Société des Nations, parce qu'elle n'aurait pas pris à temps une décision.«

Besondere Beachtung verdient die Haltung Italiens. Die italienische Regierung war offenbar bestrebt, gegenüber dem britisch-französischen Gegensatz ihre Unabhängigkeit zu wahren und zugleich von gewissen in der italienischen Publizistik vertretenen Expansionsplänen ¹²¹⁾ abzurücken, deren Betreibung zu jener Zeit keinen Nutzen versprach, sondern nur das internationale Mißtrauen gegen den jungen Faschismus hätte verschärfen müssen ¹²²⁾. So wird es verständlich, wenn der italienische Delegierte Conte Bonin-Longare, der noch in der Unterkommission die britischen Einwände weitgehend unterstützt hatte, in der Plenarsitzung der 6. Kommission gleichfalls den Antrag Abessiniens befürwortete, der eine Ehrung des Völkerbundes darstelle:

»Cet hommage a d'autant plus de prix qu'il vient d'une nation lointaine qui s'est tenue jusqu'ici en marge des grands mouvements internationaux, mais qui, par l'admirable fermeté dont elle a su préserver à travers les âges sa foi religieuse et son caractère national, a conquis des titres de noblesse auxquels il convient de rendre ici la justice qui leur est due.«

Der Vertreter Italiens beschränkte sich im übrigen darauf — abgesehen von seinen bereits erwähnten Ausführungen über die Sklavenfrage —, auf die Gefahren einer unregelmäßigen Waffeneinfuhr hinzuweisen, und empfahl daher nachdrücklich die Annahme des Kommissionsberichts.

Als Ergebnis der Aussprache läßt sich feststellen, daß die Mehrheit

¹²⁰⁾ S. d. N., Journ. Off. 1923, Suppl. Spéc. No. 19, S. 12—21, 26.

¹²¹⁾ Vgl. hierzu Pigli, S. 110 f.

¹²²⁾ Vgl. hierzu den von Pigli zitierten Artikel der »Idea Nazionale«, einem dem damaligen Kolonialminister Federzoni nahestehenden Blatte. Es heißt dort: »Di fronte a questi due antagonismi — womit der französisch-englische Gegensatz in Abessinien gemeint ist — l'Italia segue una via che può sorprendere solamente chi ha mosso il suo giudizio dalle base avvelenate dei nostri denigratori sistematici. L'Italia è stata sempre fedele agli impegni presi a garantire l'integrità dell'impero etiopico di cui essa ha riconosciuto e rispettato l'indipendenza. Essa dunque non aveva alcun motivo di opporsi alla domanda di ammissione dell'Etiopia alla Società delle Nazioni. Così cadono tutte le ipotesi sui nostri fini mascherati...«

der Kommission den Eintritt Abessiniens unter der Voraussetzung befürwortete, daß Abessinien zunächst die in dem Bericht der Unterkommission vorgeschlagene Erklärung abgab. Nachdem deren Unterzeichnung durch die Mitglieder der abessinischen Delegation sichergestellt war ¹²³⁾, einigte man sich auf folgende »recommandation«:

»La sixième Commission a l'honneur de communiquer ci-joint le rapport de sa Sous-Commission chargée d'examiner la demande d'admission dans la Société des Nations de l'Empire d'Ethiopie. La Commission a adopté les conclusions de ce rapport. La délégation de l'Ethiopie ayant reçu les pleins pouvoirs nécessaires et signé la déclaration à laquelle il est fait allusion dans le rapport de la Sous-Commission, la Commission se déclare favorable à l'admission de l'Ethiopie comme membre de la Société des Nations.«

Die Aufnahme Abessiniens erfolgte sodann einstimmig in der Sitzung der Völkerbundsversammlung vom 28. September 1923 ¹²⁴⁾.

Die Entwicklung bis zur französisch-italienischen Verständigung vom 7. Januar 1935

Der Eintritt in den Völkerbund bedeutete für Abessinien eine erhebliche Verbesserung seiner völkerrechtlichen Lage. War sein Bestand bis dahin im wesentlichen vom Belieben der drei Mächte abhängig, die durch den Vertrag von 1906 lediglich im eigenen Interesse eine Garantie übernommen hatten, auf die es sich nicht berufen konnte und die jederzeit der Abänderung unterlag, so konnte es nunmehr die Garantie der Völkerbundssatzung für sich in Anspruch nehmen. Das bedeutete zumindest, daß es im Streitfalle ein internationales Verfahren als gleichberechtigter Partner in Gang setzen konnte, während es in der Konsultativklausel des Dreierabkommens nur als Objekt erschienen war. Damit konnte aber zugleich die abessinische Frage nicht mehr als lokale Angelegenheit der drei Mächte angesehen werden; es war nur natürlich, daß der Vertrag von 1906 hierdurch an Gewicht verlor, mochte er auch nach wie vor für die Interessenregelung der Vertragspartner von Bedeutung sein.

Daß die neue Lage für Abessinien von wesentlichem Vorteil war, zeigte sich kurze Zeit nach seinem Einzug in Genf bei Gelegenheit des italienisch-britischen Notenwechsels von 1925 ¹²⁵⁾. Die britische Regierung, die noch im Herbst 1923 mit dem Gedanken einer

¹²³⁾ Die Vollmacht der Delegierten erschien zunächst hierzu nicht auszureichen. Die Zweifel hieran wurden jedoch durch ein Telegramm Ras Tafari, abgedruckt S. d. N., Journ. Off. 1923, Suppl. Spéc. No. 19, S. 26, behoben.

¹²⁴⁾ Actes de la 4^{me} Assemblée, Séances plén., S. 125/26.

¹²⁵⁾ An Literatur hierzu vgl. insbes. Pigli, S. 116 ff.; Tittoni: Questioni del Giorno, S. 39 ff.; Rouard de Card, a. a. O. S. 61 ff.

Aufkündigung des Vertrages von 1906 umgegangen war ¹²⁶⁾, entschloß sich Ende 1925, dem erstarkenden Italien Mussolinis entgegenzukommen und ihm in Abessinien unter Wahrung der Interessen des Empire und formaler Aufrechterhaltung des Dreierabkommens ihre Unterstützung zu gewähren, nachdem England bereits 1924 das Jubaland an Italien abgetreten ¹²⁷⁾ und damit wenigstens einen Punkt der auf Art. 13 des Londoner Vertrages gestützten italienischen Kolonialforderungen erfüllt hatte. Am 14. Dezember richtete der britische Botschafter in Rom, Graham, eine Note ¹²⁸⁾ an den italienischen Ministerpräsidenten, in welcher er auf das italienische Angebot von 1919 ¹²⁹⁾ zurückgriff und feststellte, daß die Regierung Großbritanniens nach erneuter Prüfung zu dem Ergebnis gekommen sei:

» . . . que la proposition italienne n'est pas en contradiction avec les stipulations de l'Accord de Londres, en date du 13 décembre 1906, étant donné que l'objet de cet Accord est de maintenir le *statu quo* en Ethiopie sur la base des instruments internationaux indiqués à l'article 1 dudit Accord, ainsi que la coordination de l'action des Etats signataires en vue de protéger leurs intérêts respectifs de telle sorte que ceux-ci ne subissent aucun préjudice.«

Sir Ronald Graham unterbreitete dann im einzelnen folgende Vorschläge seiner Regierung:

»J'ai . . l'honneur . . de demander l'appui et l'assistance de Votre Excellence à Addis-Abéba, auprès du Gouvernement abyssin, afin d'obtenir de ce Gouvernement une concession permettant au Gouvernement de Sa Majesté de construire un barrage sur le lac Tsana, ainsi que le droit de construire et d'entretenir une route pour automobiles, destinée au passage des approvisionnements et du matériel, du personnel, etc., depuis la frontière du Soudan jusqu'au barrage.

En retour, le Gouvernement de Sa Majesté est prêt à appuyer le Gouvernement italien dans ses démarches pour obtenir du Gouvernement abyssin une concession visant la construction et l'exploitation d'un chemin de fer depuis la frontière de l'Erythrée jusqu'à la frontière de la Somalie italienne. Il serait entendu que ce chemin de fer, ainsi que tous les travaux nécessaires pour sa construction et son exploitation, aurait un passage entièrement libre à travers la route pour automobiles mentionnée ci-dessus.

A cette fin, les instructions identiques nécessaires devraient être adressées aux représentants de la Grande-Bretagne et de l'Italie en Ethiopie, afin qu'ils se concertent en vue d'une action commune auprès du Gouvernement abyssin, pour obtenir que les concessions désirées par les Gouvernements britannique et italien, au sujet du lac Tsana et de la construction d'un chemin de fer destiné à relier l'Erythrée et la Somalie italienne, soient accordées simultanément. Il reste entendu

¹²⁶⁾ Vgl. hierzu Pigli, S. 120 f.

¹²⁷⁾ Durch Vertrag vom 15. Juli 1924, Treaty Series 1925, Nr. 29.

¹²⁸⁾ S. d. N. Journ. Off. 1926, S. 1518 ff.

¹²⁹⁾ Vgl. oben S. 781.

que, au cas où l'un des deux gouvernements obtiendrait la concession demandée alors que l'autre gouvernement n'aboutirait pas au même résultat, le gouvernement qui aurait obtenu satisfaction ne relâcherait pas ses efforts les plus actifs en vue d'assurer à l'autre gouvernement intéressé une satisfaction correspondante.

Au cas où le Gouvernement de Sa Majesté, avec la précieuse assistance du Gouvernement italien, obtiendrait du Gouvernement abyssin la concession désirée sur le lac Tsana, il est également prêt à reconnaître une influence économique italienne exclusive dans l'ouest de l'Abyssinie et dans la totalité du territoire que traversera le chemin de fer susmentionné. Il s'engagerait, en outre, à appuyer auprès du Gouvernement abyssin toutes les demandes italiennes en vue de concessions économiques dans la zone indiquée ci-dessus. Mais cette reconnaissance et cet engagement seraient assumés sous la réserve que, de son côté, le Gouvernement italien, reconnaissant les droits hydrauliques antérieurs de l'Égypte et du Soudan, s'engagera à ne construire sur les sources du Nil Blanc ou du Nil Bleu, ou de leurs affluents ou tributaires, aucun travail qui pourrait sensiblement modifier leur écoulement dans le fleuve principal. Il est entendu que cette réserve n'empêcherait pas un emploi raisonnable des eaux en question par les habitants de la région, y compris même la construction de barrages pour la production de force hydro-électrique, ou de petits réservoirs, dans les affluents secondaires, pour constituer des approvisionnements d'eau destinés à des fins domestiques, ainsi qu'à la culture des produits nécessaires à la subsistance desdits habitants.

Le Gouvernement de Sa Majesté saisit cette occasion pour assurer le Gouvernement italien que la construction et le fonctionnement du barrage s'effectueraient, autant qu'il sera possible, avec de la main-d'œuvre recrutée sur place, et qu'il n'en résultera pas une élévation du niveau des eaux du lac supérieur au maximum atteint jusqu'ici pendant la saison des pluies. Il est donc persuadé que l'existence de ce barrage sera non seulement avantageuse pour l'Égypte et le Soudan, mais accroîtra encore la prospérité et favorisera le développement économique des populations locales.

In seiner Antwortnote vom 20. Dezember 1925 ¹³⁰⁾ stellte Mussolini fest, daß die britische Auslegung des Vertrages von 1906 sich mit der stets vertretenen italienischen Auffassung decke. Die Antwort brachte weiter klar zum Ausdruck, daß die italienische Regierung die kolonialen Forderungen Italiens durch das gegenwärtige Angebot Großbritanniens nicht als abgegolten betrachte, eine — noch eines weiteren Ausbaues fähige — italienisch-britische Zusammenarbeit in Abessinien jedoch begrüße:

» . . . bien que les propositions susmentionnées, présentées à Londres en novembre 1919, aient fait partie d'une négociation plus vaste, de caractère colonial, résultant du Traité de Londres de 1915, négociation qui n'a abouti qu'à des résultats partiels, le Gouvernement royal accepte néanmoins de reprendre les propositions en question, car il partage tout particulièrement le désir du Gouvernement britannique d'appliquer le principe de coopération amicale et il espère, en outre, que ce principe

¹³⁰⁾ S. d. N., Journ. Off. 1926, S. 1521 ff.

pourra être constamment étendu davantage pour la protection et le développement des intérêts italiens et britanniques respectifs en Ethiopie, naturellement sur les bases et dans les limites des dispositions de l'Accord de Londres de 1906.»

Im übrigen enthielt die Note die Annahme der britischen Vorschläge.

Die auf Grund dieses Notenwechsels zustandgekommene britisch-italienische Vereinbarung mußte starke Bedenken hervorrufen¹³¹⁾. Ihre Fassung erweckte zumindest den Verdacht, daß die beiden Regierungen in Anknüpfung an die Protokolle von 1891 und 1894 — an die offenbar bei dem Hinweis auf die »instruments internationaux indiqués à l'article 1 dudit Accord¹³²⁾« in erster Linie gedacht war — eine Aufteilung abessinischen Gebietes in Einflußzonen vornehmen wollten; insbesondere das Zugeständnis einer »influence économique italienne exclusive« für einen großen Teil Abessiniens konnte kaum anders verstanden werden. Traf diese Auslegung aber zu, so war damit zunächst, trotz dessen ausdrücklicher Anführung, eine Verletzung des Vertrages von 1906 gegeben, der — wie oben gezeigt wurde — keine Einteilung Abessiniens in Interessensphären kennt, sondern dessen Unabhängigkeit und Integrität unter die Garantie der drei Mächte stellt; vor allem aber lag dann, abgesehen von den auf Grund des allgemeinen Völkerrechts sich ergebenden Bedenken, ein Verstoß gegen die Völkerbundsatzung, insbesondere deren Art. 10 vor, welcher die Mitglieder zur gegenseitigen Achtung ihrer »indépendance politique et intégrité territoriale« verpflichtet. Bei dieser Auslegung verstieß ferner die Zuerkennung einer ausschließlichen Zone an Italien gegen das auf Grund der bisherigen Verträge bestehende Prinzip der »Offenen Tür«. Schließlich konnte Frankreich geltend machen, daß die zweiseitige Vereinbarung mit Art. 2 und 3 des Vertrages von 1906, in welchen sich die drei Mächte zu gemeinsamem Vorgehen, insbesondere einer gemeinsamen Regelung ihrer wirtschaftlichen Interessen verpflichten, in Widerspruch stehe.

Es war nicht verwunderlich, daß der Notenwechsel unter diesen Umständen, namentlich in der französischen Öffentlichkeit¹³³⁾, erhebliches Aufsehen erregte, das noch durch unvorsichtige Äußerungen eines Teils der englischen Presse gesteigert wurde¹³⁴⁾. Um dieser Wirkung zu begegnen, suchten beide Regierungen zu beschwichtigen:

¹³¹⁾ Vgl. hierzu Rouard de Card a. a. O. S. 67 f.

¹³²⁾ Des Vertrages von 1906.

¹³³⁾ Vgl. Bulletin du Comité de l'Afrique française, 1926, S. 189, 325 ff.; Temps vom 25. Juni 1926.

¹³⁴⁾ Vgl. Zitate in Bulletin du Comité de l'Afrique française 1926 S. 325.

In einem Communiqué der italienischen Regierung vom 19. April 1926 ¹³⁵⁾ heißt es, daß die Verhandlungen beider Regierungen

»... se sont toujours inspirées du principe de l'absolu respect de la souveraineté et de l'intégrité de l'empire éthiopien, principe qui, d'ailleurs, est la base et le but de l'accord de 1906.«

Sir Austen Chamberlain gab seinerseits im Unterhaus u. a. die Erklärung ab, daß die Vereinbarung »cannot by any latitude in interpretation be held to import economic partition« ¹³⁶⁾.

In ähnlichem Ton war ein französisches Communiqué vom 4. Juli 1926 ¹³⁷⁾ gehalten, welches zu erkennen gab, daß die Bedenken der französischen Regierung, die mit Rom und London wegen der Frage in Fühlung getreten war, beseitigt seien.

Ein Anstoß zur weiteren Behandlung der Frage ging jedoch — wohl nicht ohne französische Billigung — von Abessinien aus. Nachdem die beteiligten Regierungen den Text des Notenwechsels dem Regenten Ras Tafari am 9. Juni 1926 mitgeteilt hatten, entschloß sich dieser, die günstige Lage, welche ihm die neuerworbene Völkerbundsmitgliedschaft bot, auszunutzen; in einer Note an den Generalsekretär des Völkerbundes vom 19. Juni 1926 ¹³⁸⁾ wies er auf die Gefahren hin, die der abessinischen Souveränität von der britisch-italienischen Übereinkunft drohten, und legte gegen dieselbe förmlichen Protest ein.

Dieser Schritt verfehlte seine Wirkung nicht. Offenbar um einer Behandlung der Angelegenheit im Völkerbundsrat vorzubeugen, entschlossen sich beide Regierungen, durch förmliche Erklärungen an den Völkerbund die abessinischen Bedenken in jeder Beziehung zu zerstreuen. Die britische Note an den Generalsekretär vom 3. August 1926 ¹³⁹⁾ nahm Bezug auf Ausführungen Sir Austen Chamberlains in

¹³⁵⁾ Franz. Übers. nach Bulletin du Comité de l'Afrique française 1926, S. 325.

¹³⁶⁾ Parl. Debates, Commons, Vol. 197, Sp. 1120.

¹³⁷⁾ Es hieß dort (Bull. du Comité de l'Afr. franç. 1926, S. 372): »L'ambassadeur d'Italie est venu entretenir le président du Conseil de la question de l'accord anglo-italien relatif à l'Abyssinie.

Le baron Avezana a déclaré officiellement à M. Briand que par cet accord les intérêts français en Abyssinie n'étaient ni contestées, ni menacés.

Le traité de 1906 intervenu entre l'Abyssinie, la France et l'Italie, a pour but le respect de l'indépendance et de l'intégrité de l'Ethiopie et le présent accord s'inspire des mêmes principes.

En ce qui concerne les stipulations d'ordre économique, celles-ci ne portent aucune atteinte au régime de la porte ouverte en Abyssinie.

Dans ces conditions, la continuation des polémiques de presse entre les journaux français, anglais et italiens ne répondrait pas à la situation... «

¹³⁸⁾ S. d. N. Journ. Off. 1926, S. 1517 f.

¹³⁹⁾ S. d. N. Journ. Off. 1926, S. 1523 f.

der Sitzung des Unterhauses vom 2. August ¹⁴⁰⁾, welche die Feststellung enthielten »que l'accord n'était certainement pas destiné et ne pouvait être destiné à permettre d'exercer une coercition à l'égard du Gouvernement abyssin«, und daß »naturellement, le Gouvernement abyssin avait parfaitement le droit d'être juge des intérêts de l'Abyssinie«. Sie stellte weiter fest »que les notes anglo-italiennes ne «réservent» aucune partie de l'Abyssinie à l'influence économique italienne«. Auch die Anerkennung einer wirtschaftlichen italienischen Zone

»ne saurait affecter les droits de tierces parties, ou engager le Gouvernement de l'Abyssinie. Elle n'impose d'obligation à personne, sauf au Gouvernement britannique, qui, en échange des assurances données par l'Italie en ce qui concerne le lac Tsana, s'engage à ne pas entrer en concurrence avec les entreprises italiennes dans la région spécifiée et à ne prêter son appui à aucune concurrence de ce genre«.

In Übereinstimmung mit dieser britischen Äußerung stellte die italienische Note vom 7. August 1926 ¹⁴¹⁾ fest, aus den Erklärungen des italienischen Gesandten in Addis Abeba sei bereits hervorgegangen, daß der Notenwechsel nur aus dem Bestreben der beiden Regierungen zu verstehen sei

»de coordonner certains de leurs intérêts économiques, mais que sa mise en pratique est naturellement subordonnée aux décisions du Gouvernement éthiopien et à la reconnaissance, par ce dernier, que ces intérêts sont en harmonie avec ceux de l'Éthiopie «

Die italienische Regierung erklärte gleichfalls, daß die Befürchtung der abessinischen Regierung, es solle ein Druck auf sie ausgeübt werden, völlig grundlos sei, und nahm schließlich folgendermaßen zur Frage der italienischen Zone Stellung:

»En ce qui concerne plus spécialement la reconnaissance, par le Gouvernement britannique, d'une sphère d'influence économique exclusivement réservée à l'Italie dans certaines régions de l'Éthiopie, il est manifeste que la clause en question constitue un engagement qui lie uniquement les deux Gouvernements italien et britannique, mais qui ne saurait porter atteinte à la liberté de décision du Gouvernement éthiopien ni limiter l'action éventuelle des tiers.«

»Il s'agit d'une garantie de nature économique, obtenue pour les entreprises italiennes vis-à-vis des entreprises britanniques, de façon à éviter une concurrence qui pourrait faire obstacle au bon succès de ces entreprises et nuire à la mise en valeur des ressources locales que l'Éthiopie peut avoir intérêt à développer et à favoriser.«

Mit diesen an den Völkerbund gerichteten Erklärungen der beiden Mächte, an deren völkerrechtlicher Verbindlichkeit nicht zu zweifeln ist, hatte Abessinien sein Ziel erreicht: Die zweifelhaften Absichten der beiden Mächte waren damit zu seinen Gunsten klargestellt und einer

¹⁴⁰⁾ Parl. Debates, Commons, Vol. 198, Sp. 2735 ff.

¹⁴¹⁾ S. d. N. Journ. Off. 1926, S. 1524 f.

der abessinischen Souveränität ungünstigen Auslegung für alle Zukunft vorgebeugt ¹⁴²⁾).

Der Regent erklärte sich denn auch in einer Note an den Generalsekretär vom 4. September 1926 ¹⁴³⁾, in welcher er die von beiden Regierungen vorgenommene Auslegung ihrer Übereinkunft zusammenfaßte, für zufrieden gestellt und bat lediglich, sein Schreiben zugleich mit dem Notenwechsel in der amtlichen Vertragssammlung des Völkerbundes zu veröffentlichen. Der Generalsekretär glaubte diesem Verlangen nicht entsprechen zu können, da es sich um eine einseitige Erklärung handle, trug ihm jedoch durch einen Verweis im *Recueil des Traités* ¹⁴⁴⁾ und Veröffentlichung des Schreibens nebst den übrigen Dokumenten im *Journal Officiel* nach Möglichkeit Rechnung ¹⁴⁵⁾.

Angesichts des Mißtrauens, welches die italienisch-britische Vereinbarung in Abessinien wachgerufen hatte, war es erklärlich, daß ihre Verwirklichung, die beide Regierungen in den Willen der abessinischen Regierung gestellt hatten, ausblieb und daß sich insbesondere die italienisch-abessinischen Beziehungen in den folgenden Jahren verschlechterten ¹⁴⁶⁾. Italien blieb damit weiter auf ungewisse Zukunftshoffnungen angewiesen, eine Rolle, die es seit Adua hatte spielen müssen, die es aber unter der Führung Mussolinis ¹⁴⁷⁾ nicht weiter einzuhalten gewillt war. Da die Übereinkunft mit England keine greifbaren Ergebnisse gezeitigt hatte und die italienisch-französischen Beziehungen bis auf weiteres gespannt waren, entschloß sich der Duce, den Weg einer unmittelbaren Verständigung mit Abessinien zu gehen: Das Ergebnis dieser Politik, die durch den mit großen Feierlichkeiten begangenen Besuch des Herzogs der Abruzzen bei Ras Tafari eingeleitet wurde, war neben der Verkehrskonvention vom 2. August 1928 ¹⁴⁸⁾ der Freundschaftsvertrag ¹⁴⁹⁾ vom gleichen Tage ¹⁵⁰⁾. Dieser Vertrag, der auf

¹⁴²⁾ Es ist daher nicht haltbar, wenn jetzt von italienischer Seite eine Aufteilung Abessiniens durch den Notenwechsel von 1925 behauptet wird: Vgl. die Äußerung Mussolinis gegenüber dem Berichterstatter des *Petit Journal*: »Nel 1925 io ho posto la mia firma, con l'ambasciatore d'Inghilterra Sir Ronald Graham, ad un atto che divideva — voi capite bene — che faceva a pezzi praticamente l'Etiopia« (Text nach dem *Osservatore Romano* vom 30. Sept./1. Okt. 1935).

¹⁴³⁾ S. d. N. Journ. Off. 1926, S. 1525 f.

¹⁴⁴⁾ S. d. N. *Recueil des Traités*, Vol. 50, S. 282.

¹⁴⁵⁾ Vgl. die Antwort des Generalsekretärs an S. A. I. Ras Tafari vom 8. Oktober 1926; S. d. N. Journ. Off. 1926, S. 1526.

¹⁴⁶⁾ Vgl. hierzu Pigli, S. 152.

¹⁴⁷⁾ Über das persönliche Eingreifen Mussolinis in die italienische Kolonialpolitik vgl. Cantalupo, wörtl. zit. bei Pigli, S. 161 ff.

¹⁴⁸⁾ *Gazzetta Ufficiale* 1929, S. 461 ff.

¹⁴⁹⁾ Über die Abkommen im Einzelnen vgl. Pigli, S. 158 ff., 172 ff.

¹⁵⁰⁾ Martens, 3 N. R. G. XXVIII, 340. Der Austausch der Ratifikationsurkunden erfolgte am 3. August 1929.

eine Dauer von 20 Jahren geschlossen ist, enthält im Art. 1 die Versicherung dauernder Freundschaft und Friedens und im Art. 2 die ausdrückliche Verpflichtung zur gegenseitigen Achtung der Unabhängigkeit. Art. 2 lautet:

»I due Governi si impegnano reciprocamente a non compiere, sotto alcun pretesto, alcuna azione che possa nuocere o ledere l'indipendenza dell'altro, ed a salvaguardare gli interessi dei loro rispettivi Paesi.«

Art. 5 enthält die Schiedsklausel, die während des Ual-Ual-Zwischenfalles von Bedeutung geworden ist:

»I due Governi si impegnano a sottoporre ad una procedura di conciliazione o di arbitrato le questioni che sorgeranno tra di loro e che non abbiano potuto essere risolte con i normali mezzi diplomatici, senza aver ricorso alla forza delle armi. Tra i due Governi di comune accordo saranno scambiate note circa il modo di scegliere gli arbitri.«

Insbesondere aber gründeten sich die italienischen Hoffnungen auf den Art. 3, durch den sich beide Regierungen verpflichten »ad ampliare ed a far prosperare il commercio esistente tra i due Paesi«. Der konkreten Verwirklichung dieses Versprechens sollte insbesondere die Verkehrskonvention dienen, welche die Konzession einer Freihafenzone in Assab an die abessinische Regierung und in unteilbarer Verbindung hiermit ¹⁵¹⁾ den Bau einer Autostraße von Assab nach Dessie vorsah — ein Projekt, von dem man sich auf italienischer Seite eine weitgehende wirtschaftliche Erschließung des abessinischen Hinterlandes Eritreas versprach.

Mit dem Vertrage vom 2. August 1928 schien eine Epoche friedlicher Zusammenarbeit zwischen Italien und Abessinien eingeleitet, ohne daß die Erhaltung des status quo durch die Haltung der anderen Mächte bedroht worden wäre. Man konnte noch als weiteres Kennzeichen einer solchen friedlichen Entwicklung ansehen, daß die drei Mächte gemeinsam mit Abessinien in der Präambel des bereits erwähnten Waffeneinfuhrvertrages vom 21. August 1930 ¹⁵²⁾ auf die auch von Abessinien vollzogene ¹⁵³⁾ Unterzeichnung des Kelloggpaktes und die Völkerbundssatzung Bezug nahmen, indem sie sich zu dem Wunsche bekannten

» . . . de se conformer aux principes contenus tant dans le Pacte de la Société des Nations, notamment en ce qui concerne le respect et le maintien de l'intégrité territoriale et l'indépendance politique des Membres de la Société que dans le Pacte général de renonciation à la guerre, signé à Paris le 27 août 1928, Pactes auxquels sont Parties les quatre Puissances susmentionnées ¹⁵⁴⁾.«

¹⁵¹⁾ In Art. 1 der Konvention heißt es: » . . . Questi due obblighi dovranno essere inseparabilmente adempiuti.«

¹⁵²⁾ Vgl. oben S. 787.

¹⁵³⁾ Der Beitritt Abessinien zum Kelloggpakt erfolgte mit Wirkung vom 24. Juli 1929: Reichsgesetzblatt 1929 II, S. 631.

¹⁵⁴⁾ Martens, 3 N. R. G. XXVI, 25.

Am 18. September 1934 hat sich ferner Abessinien auf zwei Jahre der in Art. 36 des Statuts des Ständigen Internationalen Gerichtshofs enthaltenen Fakultativklausel unterworfen ¹⁵⁵⁾. Sein vorbehaltloser Beitritt zur Genfer Generalakte erfolgte am 18. März 1935 ¹⁵⁶⁾, also bereits nach dem offenen Ausbruch des Konflikts mit Italien.

Über die Gründe, die zu der gegenwärtigen Entwicklung geführt haben, läßt sich ein abschließendes Urteil noch nicht fällen. Schon heute wird man sagen können, daß sich die Hoffnungen, die Italien auf die Verträge von 1928 gesetzt hatte, nicht erfüllten; daß die Verkehrskonvention nicht zur Ausführung gelangte, war hierfür nur ein Symptom ¹⁵⁷⁾. Ein im Herbst 1933 erschienener Artikel ¹⁵⁸⁾ des Unterstaatssekretärs für die Kolonien, Lessona, war bereits ein erstes Warnungszeichen: Lessona gab Abessinien den Rat, den Weg nach Rom — Rom, in dem allein »si inizi e si concluda la sorte dei popoli degni di sopravvivere« — nicht zugunsten solcher Länder zu vernachlässigen, denen afrikanische Interessen von Haus aus fremd seien, ein Hinweis, bei dem wohl in erster Linie an die Beziehungen Abessiniens zu Japan gedacht war ¹⁵⁹⁾. Als dieser Appell ohne Wirkung blieb, setzte sich bei der italienischen Staatsführung offenbar die Auffassung fest, daß sich eine »pénétration pacifique« Abessiniens nicht durchführen lasse.

Die Beziehungen zwischen beiden Staaten blieben gleichwohl zunächst weiter korrekt. Gerüchten, die im Herbst 1934 über beiderseitige militärische Vorbereitungen umliefen, wurde noch am 29. September durch einen Austausch freundschaftlicher Erklärungen zwischen dem im Auftrag des Negus handelnden abessinischen Geschäftsträger in Rom und der italienischen Regierung begegnet, in welchen beide Teile ihre friedlichen Absichten beteuerten und ihr Festhalten am Freundschaftsvertrage von 1928 bekräftigten ¹⁶⁰⁾. Auch der Zwischenfall, der

¹⁵⁵⁾ S. d. N. Journ. Off. 1935, Suppl. Spéc. No. 136, S. 12. Der Beitritt Italiens erfolgte am 7. September 1931 auf 5 Jahre (a. a. O. S. 13).

¹⁵⁶⁾ a. a. O. S. 62. Italien ist der Akte mit gewissen Vorbehalten am 7. September 1931 beigetreten, a. a. O. S. 63.

¹⁵⁷⁾ Vgl. hierzu d. ital. Völkerbundsdenkschrift a. a. O. S. 7 f.

¹⁵⁸⁾ Rassegna Italiana 1933, Sonderheft: »L'Africa orientale italiana«, S. 119 ff., insbes. S. 127.

¹⁵⁹⁾ Japan schloß mit Abessinien am 15. November 1930 einen Handels- und Freundschaftsvertrag (Martens, 3 N. R. G. XXVI, 640), in welchem sich beide Länder »en matière d'établissement, de commerce et de douane« die Meistbegünstigung gewähren. 1933/34 erregten Nachrichten über Bemühungen der japanischen Regierung um abessinische Konzessionen, die angeblich schon zu Vertragsabschlüssen geführt haben sollten, in Italien erhebliches Aufsehen. Vgl. Rassegna Italiana 1933, S. 829 f.; The Times vom 24. April 1934.

¹⁶⁰⁾ Das Communiqué ist abgedr. in Oriente Moderno 1934, S. 503. Eine weitere

sich Mitte November aus einem Angriff bewaffneter Abessinier auf das italienische Konsulat in Gondar ergab, fand eine rasche Erledigung auf normalem diplomatischem Wege, indem die abessinische Regierung volle Genugtuung gewährte ¹⁶¹). Erst Anfang Dezember machte der Zusammenstoß von Ual-Ual ¹⁶²) die bestehenden Spannungen vor aller Welt offenbar.

Die italienisch-französische Verständigung, welche allem Anschein nach in den der Öffentlichkeit bekannten Vereinbarungen vom 7. Januar 1935 ¹⁶³) nur einen teilweisen Niederschlag gefunden hat, mag dann letztlich den Ausschlag für die gegenwärtige Entwicklung gegeben haben. Jedenfalls deutet die seitherige Haltung Frankreichs im italienisch-abessinischen Streit darauf hin, daß die Liquidation der italienischen Interessen in Tunis durch Zusicherungen des französischen Außenministers aufgewogen wurde, die zumindest die Bedeutung hatten, daß Frankreich gegenüber einer italienischen Expansion in Abessinien — abgesehen von einer Wahrung seiner Interessen hinsichtlich Djibutis und der Eisenbahn — nicht auf seinen bis dahin eifrig gehüteten völkerrechtlichen Rechtstiteln bestehen werde. Diese französische Rückendeckung, deren Ausmaß sich im einzelnen noch nicht übersehen läßt, hat offenbar den Duce in seiner Überzeugung bestärkt, daß nunmehr der Augenblick gekommen sei, um die mißachteten kolonialen Bedürfnisse seines rohstoffarmen und über-völkerten Landes zu befriedigen und eine radikale Lösung der abessinischen Frage im Sinne Francesco Crispis und gegen den status quo des Vertrages von 1906 herbeizuführen.

Anhang

Das Dreierabkommen zwischen Großbritannien, Frankreich und Italien vom 13. Dezember 1906 ¹⁶⁴)

Arrangement concernant l'Ethiopie signé à Londres,
le 13 décembre 1906

L'intérêt commun de la France, de la Grande-Bretagne et de l'Italie étant de maintenir intacte l'intégrité de l'Ethiopie, de prévenir toute espèce de trouble dans les conditions politiques de l'Empire Ethiopien, d'arriver à une entente commune en ce qui concerne leur conduite en cas d'un changement de situation qui pourrait se produire en Ethiopie, et de pourvoir à ce que, de l'action des trois Etats, en protégeant leurs intérêts respectifs, tant dans

Erklärung des abessinischen Geschäftsträgers erfolgte am 3. Okt. Vgl. Popolo d'Italia vom 4. Okt. 1934.

¹⁶¹) Vgl. Popolo d'Italia vom 18. und 28. November 1934.

¹⁶²) Über diesen Zwischenfall und seine Behandlung wird besonders berichtet werden.

¹⁶³) Vgl. hierzu diese Zeitschr. Bd. V, S. 398 ff.

¹⁶⁴) Martens, 3 N. R. G. V, 733.

les possessions Britanniques, Françaises, et Italiennes avoisinant l'Ethiopie qu'en Ethiopie même, il ne résulte pas de dommages préjudiciables aux intérêts de l'une quelconque des trois Puissances, la France, la Grande-Bretagne, et l'Italie donnent leur agrément à l'Arrangement suivant:

Art. I. — La France, la Grande-Bretagne, et l'Italie sont d'accord pour maintenir le *statu quo* politique et territorial en Ethiopie tel qu'il est déterminé par l'état des affaires actuellement existant et les Arrangements suivants:

(a) Les Protocoles Anglo-Italiens des 24 mars et 15 avril 1891, et du 5 mai 1894, et les Arrangements subséquents qui les ont modifiés, y compris les réserves formulées par le Gouvernement Français à ce sujet en 1894 et 1895;

(b) La Convention Anglo-Ethiopienne du 14 mai 1897, et ses annexes;

(c) Le Traité Italo-Ethiopien du 10 juillet 1900;

(d) Le Traité Anglo-Ethiopien du 15 mai 1902;

(e) La note annexée au Traité précité du 15 mai 1902;

(f) La Convention du 11 mars 1862, entre la France et les Dannakils;

(g) L'Arrangement Franco-Anglais des 2—9 février 1888;

(h) Les Protocoles Franco-Italiens du 24 janvier 1900, et du 10 juillet 1901, pour la délimitation des possessions Italiennes et Françaises dans le littoral de la Mer Rouge et le Golfe d'Aden;

(i) La Convention Franco-Ethiopienne pour les frontières du 20 mars 1897.

Il est entendu que les diverses Conventions mentionnées dans le présent Article ne portent aucune atteinte aux droits souverains de l'Empereur d'Abyssinie et ne modifient en rien les rapports entre les trois Puissances et l'Empire Ethiopien tels qu'ils sont stipulés dans le présent Arrangement.

Art. II. — Pour les demandes de concessions agricoles, commerciales et industrielles en Ethiopie, les trois Puissances donneront pour instructions à leurs Représentants d'agir de telle sorte que les concessions qui seront accordées dans l'intérêt d'un des trois Etats ne nuisent pas aux intérêts des deux autres.

Art. III. — Si des compétitions ou des changements intérieurs se produisaient en Ethiopie, les Représentants de la France, de la Grande-Bretagne, et de l'Italie observeraient une attitude de neutralité s'abstenant de toute intervention dans les affaires du pays et se bornant à exercer telle action qui serait, d'un commun accord, considérée comme nécessaire pour la protection des Légations, des vies et des propriétés des étrangers, et des intérêts communs des trois Puissances.

En tous cas, aucun des trois Gouvernements n'interviendrait d'une manière et dans une mesure quelconques qu'après entente avec les deux autres.

Art. IV. — Dans le cas où les événements viendraient à troubler le *statu quo* prévu par l'Article I, la France, la Grande-Bretagne, et l'Italie feront tous leurs efforts pour maintenir l'intégrité de l'Ethiopie. En tous cas, se basant sur les Accords énumérés au dit Article, elles se concerteraient pour sauvegarder:

(a) Les intérêts de la Grande-Bretagne et de l'Egypte dans le bassin du Nil, et plus spécialement en ce qui concerne la réglementation des eaux de ce fleuve et de ses affluents (la considération qui leur est due étant donnée aux intérêts locaux) sous réserve des intérêts Italiens mentionnés au paragraphe (b);

(b) Les intérêts de l'Italie en Ethiopie par rapport à l'Erythrée et au Somaliland (y compris le Bénadir), et plus spécialement en ce qui concerne l'interland de ses possessions et l'union territoriale entre elles à l'ouest d'Addis Abeba;

(c) Et les intérêts Français en Ethiopie par rapport au Protectorat Français de la Côte des Somalis à l'hinterland de ce Protectorat et à la zone nécessaire pour la construction et le trafic du Chemin de Fer de Djibouti à Addis Abeba.

Art. V. — Le Gouvernement Français communique aux Gouvernements Britannique et Italien:

1. L'acte de concession du Chemin de Fer Franco-Ethiopien du 9 mars 1894;

2. Une communication de l'Empereur Ménélik en date du 8 août 1904, dont la traduction est annexée au présent Accord, et qui invite la Compagnie concessionnaire à construire le second tronçon de Diré Daoua à Addis Abeba.

Art. VI. — Les trois Gouvernements sont d'accord pour que le Chemin de Fer de Djibouti soit prolongé de Diré Daoua à Addis Abeba, avec embranchement éventuel vers Harrar, soit par la Compagnie du Chemin de Fer Ethiopien en vertu des Actes énumérés à l'Article précédent, soit par toute autre Compagnie privée Française qui lui serait substituée avec l'agrément du Gouvernement Français, à la condition que les nationaux des trois pays jouiront pour les questions de commerce et de transit d'un traitement absolument égal à la fois sur le chemin de fer et dans le port de Djibouti. Les marchandises ne seront passibles d'aucun droit fiscal de transit au profit de la Colonie ou du Trésor Français.

Art. VII. — Le Gouvernement Français prêtera son concours pour qu'un Anglais, un Italien, et un Représentant de l'Empereur d'Abyssinie fassent partie du Conseil d'Administration de la ou des Compagnies Françaises qui seront chargées de l'exécution et de l'exploitation du Chemin de Fer de Djibouti à Addis Abeba. Il est stipulé par réciprocité que les Gouvernements Anglais et Italien prêteront leurs concours pour qu'un poste d'Administrateur soit également assuré dans les mêmes conditions à un Français dans toute Société Anglaise ou Italienne qui aurait été formée ou se formerait pour la construction ou l'exploitation de chemins de fer allant d'un point quelconque en Abyssinie à un point quelconque des territoires voisins Anglais ou Italiens. De même, il est entendu que les nationaux des trois pays jouiront pour les questions de commerce et de transit d'un traitement absolument égal à la fois sur les chemins de fer qui seraient construits par des Sociétés Anglaises ou Italiennes et dans les ports Anglais ou Italiens d'où partiraient ces chemins de fer. Les marchandises ne seront passibles d'aucun droit fiscal de transit au profit des Colonies ou des Trésors Anglais et Italien.

Les trois Puissances Signataires sont d'accord pour étendre aux nationaux de tous les autres pays le bénéfice des dispositions des Articles VI et VII relatives à l'égalité de traitement en matière de commerce et de transit.

Art. VIII. — Le Gouvernement Français s'abstiendra de toute intervention en ce qui concerne la concession précédemment accordée au delà d'Addis Abeba.

Art. IX. — Les trois Gouvernements sont d'accord pour que toute construction de chemin de fer en Abyssinie à l'ouest d'Addis Abeba soit, dans la mesure où un concours étranger est nécessaire, exécutée sous les auspices de l'Angleterre. De même, les trois Gouvernements sont d'accord pour que toute construction de chemin de fer en Ethiopie reliant le Benadir à l'Erythrée à l'ouest d'Addis Abeba soit, dans la mesure où un concours étranger est nécessaire, exécutée sous les auspices de l'Italie.

Le Gouvernement Britannique se réserve le droit de se servir, le cas échéant, de l'autorisation accordée par l'Empereur Ménélik à la date du

28 août 1904, de construire un chemin de fer du Somaliland Britannique à travers l'Éthiopie jusqu'à la frontière Soudanaise, à la condition, toutefois, de s'entendre au préalable avec les Gouvernements Français et Italien, les trois Gouvernements s'interdisant de construire sans entente préalable aucune ligne pénétrant en territoire Abyssin ou devant se raccorder aux lignes Abyssines, et de nature à faire concurrence directe à celles qui seront établies sous les auspices de l'une d'elles.

Art. X. — Les Représentants des trois Puissances se tiendront réciproquement complètement informés et coopéreront pour la protection de leurs intérêts respectifs. Dans le cas où les Représentants Anglais, Français, et Italiens ne pourraient pas se mettre d'accord, ils en référeront à leurs Gouvernements respectifs et suspendraient en attendant toute action.

Art. XI. — En dehors des Arrangements énumérés à l'Article I et à l'Article V de la présente Convention, aucun Accord conclu par l'une quelconque des Puissances Contractantes en ce qui concerne la région Éthiopienne ne sera opposable aux autres Puissances Signataires du présent Arrangement.

Fait à Londres, le 13 décembre 1906.

(L. S.) *E. Grey.*
(L. S.) *Paul Cambon.*
(L. S.) *A. de San Giuliano.*